

BERTRAM D. WOLFE

Der Kampf um die Nachfolge in der Sowjetunion

Mit Genehmigung des Verlages entnehmen wir der amerikanischen Zeitschrift „FOREIGN AFFAIRS“ (Juli 1953) den folgenden Artikel von Bertram D. Wolfe:

Josef STALIN war seit sechs Stunden und 10 Minuten tot als die Flagge des Kremls auf Halbmast gesetzt wurde und das Radio bekannt gab, daß der Diktator nicht mehr lebte. In einem Zeitalter, in dem Todesnachrichten in Sekundenschnelle verbreitet werden, mutet diese Verzögerung ungewöhnlich an. Nicht weniger ungewöhnlich waren die offiziellen Kommuniqués über seine letzte Krankheit. „Die besten Ärzte wurden gerufen, um den Genossen Stalin zu behandeln . . . Die Behandlung erfolgt unter Aufsicht des Gesundheitsministers . . . Die Behandlung steht unter ständiger Aufsicht des Zentralkomitees und der sowjetischen Regierung . . .“ Neun Ärzte, die sich gegenseitig beobachten; der Gesundheitsminister, der die Ärzte beaufsichtigt; und das Zentralkomitee und die Regierung, welche die Minister beobachten. Und alles dies der Welt aus einem inneren Zwang heraus bekannt gemacht. Wer kann sich von der Vorstellung freimachen, daß die Gesetze über Tod und Leben hinter den Mauern des Kremls irgendwie anders beschaffen sind?

Am frühen Morgen des 6. März, als es keine Morgenzeitungen in den Straßen gab, wurde im Rundfunk bekanntgegeben, daß der Woschdj (Führer) am Vorabend um 9.50 Uhr gestorben war. Das Kommuniqué enthielt einen Aufruf „die stählerne Einheit und die monolithische Einigkeit innerhalb der Partei aufrechtzuerhalten . . . die Einheit der Partei wie einen Augapfel zu überwachen . . . alle Kommunisten und arbeitenden Menschen zu hoher politischen Wachsamkeit, Unduldsamkeit und Entschlossenheit im Kampf gegen innere und äußere Feinde zu erziehen . . .“ Dieser Aufruf wurde während des ganzen Tages stündlich wiederholt.

Kurz vor Mitternacht verkündeten die Parteichefs, die seit dem Tode ihres Führers ununterbrochen tagten, daß das Zentralkomitee, der Ministerrat und das Präsidium des Obersten Sowjets auf einer gemeinsamen Sitzung beschlossen hätten, daß es „die wichtigste Aufgabe der Partei und der Regierung sei, eine ununterbrochene und tadellose Führung des gesamten Landes zu gewährleisten, die die äußerste Einigkeit der Führerschaft und die Vermeidung irgendeiner Art von Zersetzung und Panik verlangt.“ „Im Hinblick darauf“, so fuhr das Kommuniqué fort, sei es notwendig, sofort eine Reihe von Maßnahmen hinsichtlich der personellen Besetzung und der organisatorischen Struktur der führenden Körperschaften von Partei und Regierung vorzunehmen. Diese Veränderungen brachten einen vollständigen Abbau der personellen und der strukturellen Maßnahmen mit sich, die noch vor kaum fünf Monaten vom 19. Kongreß unter der persönlichen Leitung des Mannes, der nun noch keine 24 Stunden tot war, getroffen worden waren.

Der „Aufruf zur stählernen Einheit und monolithischen Einigkeit“ und zur verstärkten „Wachsamkeit und Unduldsamkeit im Kampf gegen

innere und äußere Feinde“, erschien immer wieder in Kommentaren und Artikeln. Er wurde in Malenkows Nachruf am Grabe drei Tage später wörtlich wiederholt. Die Warnung gegen „Zersetzung und Panik“ wurde von Berija in seiner Ansprache zur Beisetzung wieder aufgegriffen und wörtlich im Leitartikel der Prawda vom 11. März wiederholt.

Zersetzung und Panik! Als Franklin-Roosevelt während seiner vierten Amtsperiode starb, konnte es sich da ereignen, daß der Vizepräsident der automatisch seine Nachfolge antrat, oder die Führer irgendwelcher

INHALT DIESER BEILAGE:

Bertram D. Wolfe

„Der Kampf um die Nachfolge
in der Sowjetunion“

Fritz von Globig

„Der verhinderte Pazifikpakt“ (S. 83)

Robert Jungk

„Ein weltpolitisches Führungs-
instrument“ (S. 86)

politischer Parteien oder die Regierung gegen Zersetzung und Panik eine Warnung aussprachen? Konnten, als Georg VI. von England oder Gustav V. von Schweden in Ausübung ihres königlichen Amtes starben, solche Worte sich in die Kommuniqués oder die Grabreden derer einschleichen, die sie kannten und liebten?

Nicht einmal in jungen Staaten, die gerade aus Aufruhr und Konflikten entstanden waren, weder in Israel, als dessen erster Präsident Chaim Weizmann starb, noch in der Türkei, als Kemal Pascha starb, noch in Pakistan, als Liaquat Ali Khan starb, noch in Indien, als dessen einzigartiger politisch-religiöser Führer, Mahatma Ghandi, ermordet wurde, noch in China, als Sun Yat-Sen seinen letzten Atemzug tat, kam jemand auf die Idee, die unheilverkündenden Worte „Zersetzung und Panik“ auszusprechen. Diese merkwürdigen Worte führen uns nahe an den Kern des Geheimnisses heran, das die Natur eines totalen Staates umgibt, die Natur der Männer, die dort ihre Herrschaft ausüben, ihre Beziehungen untereinander und zu dem Volk, das sie beherrschen, sowie zur übrigen Welt.

Die Maschinerie des totalen Staates

Man wird in der Geschichte umsonst nach einem Fall forschen, in dem es eine friedliche und unblutige Nachfolge für einen Diktator gegeben hätte, der durch Gewalt zur Macht gekommen war und seine Herrschaft auf die Macht gegründet hatte, ohne sich die Mühe zu machen, das zerstörte Gefüge der Legitimität wieder herzustellen. Als Cäsar ermordet wurde, wurde das römische Imperium durch das nachfolgende Triumvirat auseinandergerissen. Das Direktorium, das die Nachfolge der Schreckensherrschaft Robespierres antrat, wurde von Napoleon verjagt, der Zeit seines Lebens mit dem Problem rang, die Legitimität wieder herzustellen, um schließlich doch nur auf Sankt Helena zu enden. Hitlers tausendjähriges Reich ging in den Flammen eines Bunkers in Berlin unter, und Mussolinis Imperium Romanum hat seinen Tod durch den Henker nicht überlebt. Als Hitler und Mussolini starben, entstanden Zersetzung und Panik aus Mangel an Vorbereitungen für die Nachfolge der Diktatoren, ein Zustand, der noch verschlimmert wurde, als die Invasionsarmeen die Trümmer ihrer Städte eroberten. Aber die „Zersetzung und Panik“, von der Stalins Genossen sprechen, leitet sich nicht von solchen äußeren Ereignissen her, sondern entspringt ihren Herzen und dem Wesen ihres Systems. Ein System, welches auf einen „endlosen Krieg“ gegen alle bestehenden Zustände und Einrichtungen, einem endlosen Krieg gegen ihr eigenes Volk und gegen alle anderen Völker begründet ist, kann eine Legitimität entwickeln. Das Wort „Panik“ verrät, wenn es einmal von den Beherrschern des mächtigsten Regierungssystems der Welt ausgesprochen wird, eine Furcht, die unausrottbar in ihren Herzen lebt: Sie fürchten das von ihnen beherrschte und unterdrückte Volk, sie fürchten die Außenwelt, die sie erobern wollen, und sie fürchten einander.

Die sowjetische Regierung ist keine Regierung durch die Sowjets. Es ist schon seit langem nicht mehr der Fall, daß das Volk seine „Vertreter“ wählt oder sie wieder beruft. Die Sowjets haben schon lange aufgehört, ihre Führer zu wählen oder irgendeine Entscheidung zu treffen. Andererseits ist die Sowjet-Regierung auch keine Partei-Regierung mehr. Parteien brauchen einander wie die Geschlechter einander brauchen, und das Parteileben kommt zum Stillstand, sobald es nur noch eine Partei und keine Opposition mehr gibt, ebenso wie das Geschlechtsleben aufhören würde, wenn es nur noch ein Geschlecht, d. h. kein Geschlecht, geben würde.

Ebenso wie die Sowjets seit langer Zeit nichts mehr entschieden oder ihre Führer und ihre Beamten erwählt haben, hat auch die Partei seit langem keine Entscheidungen mehr getroffen oder ihre Funktionäre erwählt. Was einstmals eine Partei war, ist zu einem „Transmissionsriemen“ (dies sind Stalins Worte) geworden, der die Aufgabe hat, den Willen der Führerschaft auf die Massen zu übertragen und ihnen aufzuzwingen. Der Weg, auf dem Entscheidungen getroffen werden und auf dem die Auswahl der Persönlichkeiten erfolgt, führt von der Spitze nach unten; ein militärisch ideologischer Organisationsapparat, eine pyramidenförmige Machtstruktur, an deren Spitze ein gottbegnadeter Führer steht, wie es Max Weber genannt hat.

Nach außen hin erscheint alles für ewige Dauer und zur Sicherung einer einfachen, stillen und friedlichen Nachfolge bestimmt zu sein. Wurde jemals ein solches Machtmonopol von einem so hervorragend organisierten Mechanismus ausgeübt? 36 Jahre Stetigkeit in der Regierung (wird sie nicht noch immer „Sowjet“ genannt?) 30 Jahre Stetigkeit einer persönlichen Führung in der Person des allwissenden, allmächtigen Woschdj. Mehr als $\frac{1}{3}$ Jahrhundert ununterbrochenen Glückes des Volkes ohne Opposition. Mehr als zwei Jahrzehnte einstimmiger Entscheidungen über alle Fragen. Nicht die Einigkeit der menschlichen Wesen, aber die Einheit eines Monolithen. Wo gibt es da den Felsspalt, in dem das Saatkorn des Zweifels aufgehen oder gar Zersetzung und Panik sich entwickeln könnten? Der Führer kontrollierte das Politbüro so lange, daß er es auf dem 19. Kongreß (Oktober 1952) vollständig abschaffen konnte, zu Gunsten eines so weit verzweigten Organes, das so groß und so verstreut war, daß es nicht angerufen werden konnte, um Entscheidungen von einem Tag zum anderen zu treffen. Das Zentralkomitee war schon lange vorher in ein solches Organ umgewandelt worden.

Der Befehlsweg war ja ganz klar: Das Oberhaupt kontrolliert das Politbüro, das Politbüro kontrolliert das Zentralkomitee, das Zentral-

komitee kontrolliert die Partei. Und die Partei wiederum kontrolliert den achtungsgebietenden Apparat der Polizei, der Armee, der Verwaltung, der Presse, des Rundfunks, der Versammlungen, der öffentlichen Meinung, der Schulen, der Gebäude, der Kirchen, der Fabriken, der Landwirtschaft, einfach alles. In allen Machtbereichen scheint es reibungslos zu funktionieren. Was Lenin und seinen Anhängern so viel Mühe und Arbeit gekostet hat um es aufzubauen, und Stalin Kampf und Blutvergießen, um es zu einem allumfassenden Machtapparat des totalen Staates zu vervollständigen, das scheint nun so vollkommen zu sein und so einwandfrei zu funktionieren. Eine vollendete Maschine, die großartigste Machtmaschine der Geschichte. Und doch sind die ersten Worte des verwaisten Erben zum Tode des Diktators keine menschlichen Worte der Trauer, sondern unheilverkündende Worte über „Zersetzung und Panik“ und über „Wachsamkeit und kompromißlosen Kampf gegen den inneren und äußeren Feind.“

In dieser ganzen machtvollen Maschinerie herrscht die Stille der Unterdrückung, aber nicht der Friede, der notwendig ist, um eine friedliche Nachfolge zu sichern. Es gibt eine Unmenge von Gesetzen, aber keine Legalität, um eine legale und legitime Nachfolge herbeizuführen. Die demokratische Revolution vom März 1917 zerstörte die Legitimität des Zarentums, aber sie begab sich sofort an die Arbeit, eine neue demokratische Legitimität aus der Staatsduma oder dem Parlament, den städtischen Dumas, den ländlichen Semstwo's und den Sowjets zu entwickeln. Es bestand die Aussicht, eine verfassunggebende Versammlung einzuberufen, die eine neue demokratische Verfassung annehmen und für ein neues Gefüge hinsichtlich der Übereinstimmung, der Zustimmung, der Annahme, der kollektiven und demokratischen Festlegung der politischen Ziele eines Mehrparteiensystems und eines Parlamentes Sorge tragen sollte, um die Gepflogenheiten der Willenskundgebung zu gewährleisten, die die Grundlage aller normalen Regierungen bilden und die den Tod eines bestimmten Staatsoberhauptes zu einem Grund für die Trauer werden lassen, nicht aber zu einem Anlaß für die Furcht vor Zersetzung und Panik. Um die Terminologie des Historikers Ferrero zu gebrauchen, war die provisorische Regierung, die mit der ersten Revolution von 1917 eingesetzt wurde, eine „prä-legitime Regierung“, die so rasch als es die verworrenen Zeiten erlaubten, auf dem Wege von der zerstörten Legitimität der Monarchie zur demokratischen Legitimität vorankam. Das war gemeint, wenn sie sich selbst als „provisorisch“ bezeichnete.

Im November 1917 jedoch stürzte die bolschewistische Partei diese „prä-legitime provisorische Regierung“ durch einen gewaltsamen Staatsstreich und trieb dann die verfassunggebende Versammlung auseinander, die allein in der Lage gewesen wäre, die Grundlage für eine demokratische Legitimität zu schaffen. Durch das Verbot aller anderen Parteien, einschließlich der Arbeiter- und Bauernparteien, entzogen sie den Sowjets alle Macht in ihrer Eigenschaft als „Arbeiterparlament“ oder „Arbeiter- und Bauernparlament“ und die Partei begann im Namen der Sowjets zu regieren. Als Nächstes verbot Lenin alle Gruppen innerhalb der Partei, der er auf diese Weise ebenfalls ihr gesamtes politisches Eigenleben entzog. Sie wurde nun — immer bis zum Äußersten zentralistisch und hierarchisch — zum „Transmissionsriemen“ für den Willen des Zentralkomitees. Als der „Diener“ des Zentralkomitees, sein Generalsekretär, die Mehrzahl der Mitglieder des Zentralkomitees, dem er dienen sollte, hinrichten ließ, hörte auch dieses Organ auf, eine entscheidende Bedeutung zu haben.

Sogar als Stalin alle Andersdenkenden verjagte, sowie solche, von denen er Grund hatte anzunehmen, daß sie sich verletzt fühlten oder verärgert wären, weil sie es nicht über sich bringen konnten, das Loblied seiner Vervollkommnungen zu singen, lief die ganze Maschine des Machtapparates, der Stärke und der Propaganda auf höchsten Touren, um aus diesem unpopulären, farblosen und unbeliebten Mann einen künstlichen, gottbegnadeten Führer zu machen. Der Führer, der die Charisma („göttliche“ Gnade) besitzt, erwirbt nach und nach die Attribute der Göttlichkeit: die Allwissenheit, die Allzuständigkeit, die Allmacht. Alle Macht ist auf ihn vereinigt. Wen er mit seinem Geiste erleuchtet, der wird der Gnade teilhaftig. Wen er anklagt, der verschwindet im Nichts. Er entscheidet alles: Sprachwissenschaften, die Entstehungslehre, die Umwandlung der Natur, den Einsatz der Artillerie an allen Fronten, die Quoten und die Technik in allen Fabriken. Andere können nur durch

seinen Einfluß oder von ihm beauftragt Macht erhalten, und selbst dann müssen sie damit rechnen, daß ihm der Kredit für alle Erfolge zugemessen wird, während die Schande und Bestrafung für jedes Versagen auf sie selbst zurückfällt.

So gibt es nach dem Tode des Diktators keine Parteien, die eine legale Nachfolge durch die Wahl zustandebringen können. Es gibt keine sowjetische verfassungsmäßige Bestimmung für den Nachfolger auf dem Posten eines Genius aus eigener Vollkommenheit. Es gibt keine Partei, die überhaupt noch irgendetwas zu entscheiden, irgendetwas zu diskutieren oder irgendjemanden zu erwählen hat. Nicht einmal in der Verfassung oder in den Parteistatuten ist ein Diktator, viel weniger noch dessen Nachfolger, vorgesehen.

Auch gibt es keinerlei Moralgesetz, das die Anwärter der Nachfolge davon abhalten könnte, sich gegenseitig kaltzustellen und einander umzubringen. Insoweit, als sie sich an die ihnen hinterlassenen Vorbilder halten, und insoweit, als sie den echten inneren Gesetzen des totalen Staates folgen, ist es genau das, was sie tun werden müssen. Sie sprechen in Wirklichkeit zu sich selbst, wenn sie die eingeschüchterte Bevölkerung zur „stählernen Einigkeit und monolithischen Einheit der Partei und ihrer Führung“ aufrufen. Aus ihren eigenen Herzen entstammen die Worte, die „Zersetzung und Panik“ betreffen.

Kollektive Führung in der Diktatur

Warum nicht, so fragt der vernünftig denkende Mensch, der versucht, sich in die irrationale Atmosphäre der totalitären Dynamik hineinzudenken, warum also nicht eine kollektive Führung? Ein Triumvirat? Eine Siebenherrschaft? ein Zehnmännerausschuß? Das Präsidium, möglicherweise? Das Zentralkomitee? Der Ministerrat? Das Sekretariat?

Selbst in den Tagen Lenins, ehe noch dem Zentralkomitee und dem Politbüro alles politische Eigenleben und alle Macht entzogen worden waren, hatte es sich als unmöglich erwiesen, eine Nachfolge durch ausschließlich friedliche Mittel herbeizuführen, oder doch durch Mittel, die wenigstens im Bereich der Partei hätten als gesetzlich und legitim angesehen werden können. Lenin empfing drei ernsthafte Warnungen vom Engel des Todes in Form von drei Gehirnblutungen. Erst nach dem zweiten Anfall glaubte dieser Mann, der vor Lebenskraft und dem Willen, die gesamte Welt zu beherrschen, strotzte, auch innerlich daran, daß sein Tod bevorstand. Da endlich versuchte er, eine „legale“ und „friedliche“ Nachfolge vorzubereiten. In der Erkenntnis, daß er eine außerordentliche persönliche Autorität erworben hatte, und daß er möglicherweise ohne es bewußt zu wollen, die Partei und ihre führenden Organe in ihrer Bedeutung geschwächt hatte und selbst Diktator geworden war, begann Lenin zu fürchten, daß seine Gefolgsleute einander in Stücke reißen würden, wenn irgendeiner von ihnen versuchen sollte, ein Wladimir Iljitsch II. zu werden. Ohne die Dynamik des totalitären Prozesses, den er in Gang gesetzt hatte, klar zu begreifen, trachtete er danach, die sterbenskranke Autorität zumindest des „genossenschaftlichen“ Organs des Politbüros wieder herzustellen. Sein Testament schlug eine kollektive Führung vor, in der alle ihm nahestehenden Gefolgsleute ihn ersetzen sollten, indem sie gemeinsam arbeiteten und gemeinsam regierten. Zu diesem Zweck war das Testament sorgfältig aufgesetzt. Es enthielt eine Warnung vor der „Gefahr einer Aufsplitterung der Partei“, eine ungünstige Beurteilung eines jeden seiner Mitarbeiter, um sie von der Vorstellung abzuhalten, daß sie mächtig genug seien, um allein zu regieren. Es enthielt ferner ein Wort des Lobes für jeden von ihnen, um darauf hinzuweisen, daß keiner ausgeschaltet werden sollte.

Kollektive Führung ist im Grunde genommen eine schwierige Angelegenheit, ohne Demokratie ist sie jedoch unmöglich. Wenn keine verfassungsmäßigen Bestimmungen für eine kollektive Verfahrensweise vorhanden sind, wenn es auf allen Gebieten nur Diktatur gibt, wenn alle Angelegenheiten mit Gewalt geregelt werden, wenn die Opposition nicht zu dem politischen Spiel gehört, sondern etwas darstellt, das ausgeschaltet und zerstört werden muß, dann gerät der Gesamtaufbau des Staates und des Systems unbarmherzig in das Fahrwasser der persönlichen Diktatur. So war es mit Lenin, so war es mit Mussolini, so war es mit Hitler, und so war es mit Stalin.

Noch bevor Lenin tot war, begann Stalin in „verräterischer“ Weise die Fäden der Macht in seiner Hand zu vereinen. Der sterbende Diktator, der seit seinem dritten Schlaganfall die Sprache verloren hatte, konnte jedoch in seinem Testament noch einen Zusatz einfügen: „Stalin ist zu grob, und diese nachteilige Eigenschaft ist mit dem Amt des Generalsekretärs nicht zu vereinbaren. Ich schlage den Genossen daher vor, einen Weg zu suchen, Stalin aus dieser Stellung zu entfernen . . .“ Lenins Testament konnte jedoch nicht gegen den Willen Stalins aufkommen und gegen die Dynamik der Maschinerie, die Lenin selbst in Bewegung gesetzt hat. Stalin erlaubte nicht einmal, daß das Testament in der Sowjetunion veröffentlicht wurde.

Stalin fand es notwendig, genau genommen, weil er nicht wie Lenin die moralische Autorität über seine Genossen besaß, mehr physische Macht einzusetzen. Der Kult um die Person Lenins unter seinen Untertanen war spontan und ihm persönlich unangenehm. Lenin hatte häufig seine Autorität und sein Prestige ausgenutzt, um sich in strittigen Angelegenheiten durchzusetzen, er widersetzte sich jedoch jeder Entwicklung, die seine Person mit einem Kult umgab. Dieser Kult wuchs nur um seine einbalsamierte Leiche und wurde vor allem von demselben Mann unterstützt, der sein Testament nicht ausführte. Denn Stalin konnte nur vorgeben unfehlbar zu sein, indem er zuerst den Kult um die Unfehlbarkeit Lenins schuf und sich dann selbst zum „besten Schüler“ und apostolischen Nachfolger machte. Damit wurden die letzten Überreste einer Art von Legalität und Legitimität, nämlich der Parteikongreß, das Zentralkomitee und das Politbüro ihres Rechtes entkleidet, zu irgendwelchen Angelegenheiten ja oder nein zu sagen. Einstimmigkeit, monolithische Übereinstimmung und synthetische Unfehlbarkeit standen im Vordergrund.

Lenin hatte seine Gegner innerhalb der Partei durch Argumentationen besiegen können, die oftmals wie organisatorische Manöver und Täuschungen aussahen; wenn er sie jedoch einmal überwältigt hatte, war er sorgsam darauf bedacht, die Persönlichkeit und die Würde des geschlagenen Gegners zu wahren. Stalin konnte jedoch nicht in der Debatte gewinnen. Seine Methode bestand darin, die organisatorischen Manöver und Täuschungen zu verstärken, die schon zur Technik Lenins gehörten, seine Gegner zu zwingen, sich selbst zu bezichtigen und sich selbst moralisch durch wiederholte „Geständnisse“ auszuschalten. Dann brachte er sie um.

Es gibt ein furchtbares Kräftespiel im Totalitarismus, das diesen dazu treibt, das gesamte Gefüge der Zustimmung und der Übereinstimmung zu zerreißen. Daraus entspringt seine Furcht, daß die Menschen nicht glauben und nicht gehorchen wollen. Wenn die Furcht jedoch einmal vorhanden ist, führt sie zur Anwendung von weiterem Terror. Und der gegen das eigene Volk oder die eigenen Genossen gerichtete Terror erzeugt noch größere Furcht.

Im freien politischen Kräftespiel ist die Opposition genau so notwendig wie die Luft für die Lungen. Wenn die Opposition einmal ausgeschaltet ist, gibt es für den Terror und die Furcht keine Beschränkungen mehr. Wenn das Thermometer, mit dem die Opposition gemessen wird, zerbrochen ist, so fühlt man instinktiv, daß das Quecksilber der Opposition überall vorhanden ist, und weil überall Furcht herrscht, muß überall Terror sein. Der Terror kann nicht gegen andere Parteien oder öffentliche Körperschaften gerichtet werden, ohne auf die eigene Partei und ihre führenden Organe überzugreifen, und sogar in dem Maße, daß die eigenen alten Freunde, die eigene Palastwache und die eigenen Ärzte verdächtigt werden. Je schwerfälliger die politische Körperschaft ist, desto verdächtiger ist sie und desto mehr Anlaß zur Furcht ist vorhanden.

Stalin umgab seine Person mit einem Kult, der noch überspannter war, weil alle, die ihn kannten, von seinen persönlichen Grenzen wußten. Er war hinsichtlich seiner Schwächen als Theoretiker und als volkstümlicher Führer äußerst empfindsam. Er wußte, daß die Männer seiner Umgebung ihm gleichgestellt und in mancher Weise ihm überlegen waren. Dies veranlaßte ihn, alle Bundesgenossen Lenins und dessen „Nachfolger“ umzubringen und sich selbst nur mit kleineren Männern, Höflingen, Kriechern, Parteigängern und Vollstreckern seines Willens zu umgeben. Er ließ sich sogar von solchen Leuten anheimmeln, die er zu liquidieren beabsichtigte, und von der gesamten Nation, auch dann, wenn er sie peinigte. Wenn es Lenin durch sein Prestige nicht gelang, seine engsten

Verbündeten, die ihn liebten und verehrten, dazu anzuhalten, nach seinem Tode sein Testament zu vollstrecken, wieviel weniger wahrscheinlich ist es, daß die Anhänger des gewaltsamen, widerlichen, erniedrigenden Stalinkults oder die Partei sein Testament vollstrecken?

Außerdem scheint diesmal ein Testament überhaupt nicht zu existieren. „In seinem Unterbewußtsein“, so schrieb Freund, „glaubt niemand an seinen eigenen Tod“. Dies ermöglicht auch dem Soldaten, die unter Feuer liegende Linie zu halten, wo ein oder zwei Drittel sterben müssen, sich stets an die Überzeugung klammernd, daß „ich noch nicht an der Reihe bin“. Im Falle eines Diktators, der die absolute Herrschaft über alle Dinge und alle Menschen anstrebt, ist ein außergewöhnlich starker Wille vorhanden, in bezug auf seine Person die Grenzen eines Gewöhnlich-Sterblichen zu mißachten. Lenin erhielt vom Engel des Todes 3 Warnungen, Stalin war jedoch trotz seines Alters hart, und Unterredungen mit Ausländern bis kurz vor seinem Schlaganfall bewiesen seine augenscheinlich gute Gesundheit. Der Schlaganfall erfolgte plötzlich, er verlor sofort das Bewußtsein und war innerhalb von drei Tagen tot.

Darüber hinaus war Joseph Dschugaschwili Stalin, und alle die ihn kennen können das bezeugen, von Natur aus eifersüchtig, empfindlich, neidisch, launisch und argwöhnisch. Niemand wagte ihn zu bitten, sich auf den Tod vorzubereiten; niemand wagte in seiner Abwesenheit nach der Krone zu greifen. Amerikanische Präsidenten sind sich darüber im klaren, daß es selbst in einer Demokratie unklug ist, zu früh im Laufe der Amtszeit bekannt zu geben, daß man sich nicht zur Wiederwahl zu stellen beabsichtigt. Sogar die Männer der eigenen Partei würden ihn zugunsten des erhofften Nachfolgers aufgeben, und Macht und Führung würden seinen Händen entgleiten. In einer Diktatur aber, die nur ein einziges Machtzentrum anerkennt, würde es fatale Folgen haben, wenn man irgend jemanden öffentlich nach der Krone greifen läßt. Es würde ein gegnerisches Machtzentrum entstehen, und das gesamte totalitäre Regime würde in Frage gestellt sein. Der eigene Günstling und Erbe würde für den Diktator eine Gefahr werden, wenn dieser seine unnatürliche Abdankung einleiten oder einen Teil seiner Gesamtmacht abgeben würde.

In dem Augenblick, in dem irgend jemand seiner Umgebung durch eigene Taten auch nur schwach zu leuchten begann, entfernte Stalin ihn sehr schnell von der Bühne. Manchmal führte die durch das Gesetz von Furcht und Terror vorgenommene Entfernung zu einer Säuberung. In anderen Fällen folgte lediglich eine zeitweise Ausschließung, eine Versetzung auf einen weniger bedeutenden Provinzposten, wie es bei den Marschällen Timoschenkow und Shukow der Fall war. Manchmal entstanden Gerüchte, daß ein bestimmter Mann zum „Thronfolger“ bestimmt sei, dann brachte mysteriöserweise die Kugel eines Mörders oder eine plötzliche Krankheit oder — wenn wir Stalins letzte Täuschung glauben sollen — „Giftmischer-Ärzte“ den Nachfolger ums Leben. Wann werden wir tatsächlich wissen, wie Kirow und Scharanow starben?

So vereinte sich im Fall Stalin das Wesen des totalitären Staates mit der persönlichen Psychologie des bestimmten Führers, um es jedem zu erschweren, einflußreich zu werden oder das Prestige zu erhalten, für ihn einspringen zu können oder sich mit dem Mantel der apostolischen Nachfolge zu bekleiden. Der Kult um seine Person wuchs, bis er den Horizont erfüllte und den Himmel überwölbte. Die Männer seiner Umgebung, von der zahlreiche Persönlichkeiten auf ihren eigenen Gebieten sehr fähig waren, wurden systematisch zu Zwergen um einen Riesen. Jede von ihnen geforderte erneute Übertreibung dieses Kultes um diesen Allmächtigen, jede blasphemische Phrase in der Litanei der Anbetung eines lebenden Gottes verringerte weiterhin die Bedeutung der Männer seiner Umgebung und erschwerte die Möglichkeit, einen neuen gottbegnadeten Führer nach seinem Tode entstehen zu lassen.

Die einzigen Männer, die eine Chance für die Führung haben, sind diejenigen, die über die Machtmaschinerie verfügen, die die tatsächlichen Regierungsorgane des sowjetischen Staates darstellen. Molotow und Woroschilow und in geringerem Grade auch Kaganowitsch und Mikojan verkörpern den „alten Bolschewismus“. Insoweit als ein neuer Führer (Woschdj) den Geist von Lenin und den Männern der Oktoberrevolution weiterhin aufrecht erhalten will, sind diese alten Bolschewisten als Symbole von Nutzen. Sie verkörpern jedoch nicht die tatsächliche Machtmaschinerie. Während der blutigen Säuberung von 1934–1938 brachte

Stalin fast alle Männer der Oktoberrevolution um. Im Jahre 1947, am 30. Jahrestag des Staatsstreichs vom 7. November 1917 waren nur noch 438 alte Bolschewiken, die vor der Machtübernahme in die Partei eingetreten waren, am Leben und in der Lage, ein Dankschreiben an den Genossen Stalin für seine Leistungen in der Partei zu richten. Der bedeutendste unter ihnen ist jetzt Molotow. Lenin bezeichnete ihn als einen „unverbesserlichen Dummkopf“ und „den besten Registratur-Sekretär in ganz Rußland.“ Er ist störrisch wie ein Esel. Er wird von seinen Genossen „Kamenii zad“, der Steinerner Hintern genannt und jeder Diplomat, der mit ihm zu verhandeln versucht hat, wird dem zustimmen. Wenn er nicht auf das falsche Pferd setzt, wird er zweifellos als Symbol der Dauerhaftigkeit in jeden Regierungsstab einbezogen werden, und jemand wie er oder Woroschilow werden voraussichtlich mit dem Titel eines Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets oder einem ähnlichen Titel ausgestattet werden. Stalin war jedoch der Chef, bevor er irgendeinen Staatstitel hatte, und Molotow und Woroschilow könnten keine Chefs sein, selbst wenn sie mit einer Reihe von Titeln ausgestattet sein würden. Denn die Männer der Oktoberrevolution, deren entkräftete, an Einfluß verlierende Schatten sie sind, gibt es nicht mehr.

Die neuen Männer, die den neuen Woschdj stellen werden, falls der Prozeß nicht vor seiner Vollendung unterbrochen wird, sind die Epigonen, die „Söhne“ oder vielleicht „die Enkel.“ Der Marxismus Lenins war von dem Marxschen so verschieden, daß einer seiner Anhänger ihn als „Marxismus à la Tartare“ bezeichnete. Stalin, der die Männer der Oktoberrevolution umbrachte, wurde der Sprecher der „Söhne“, sein Leninismus unterschied sich von dem Lenins genau so wie der Leninsche Marxismus von dem Marxschen. Die Malenkows und Berijas und die noch jüngeren Männer, die die Herrschaft anstreben, kannten niemals die großen Träume und menschlichen Ideale der russischen Intelligenz des 19. Jahrhunderts, sie wußten nichts von der Erregung, der Leidenschaft und dem Elend der in der Zarenzeit, in der Untergrundbewegung und im Exil Tätigen, sie wissen außer vom Hörensagen kaum etwas von den „heroischen Tagen“ des Sturms auf den Winterpalast und den Kreml. Die Welt wird mit Interesse beobachten, was diese Männer, die nicht als Untergrundrevolutionäre, sondern unter dem neuen Regime des bürokratischen und totalitären Absolutismus aufgezogen und geformt wurden, im Verlauf ihres Kampfes gegeneinander aus dem Erbe des Marxismus, des Leninismus und Stalinismus machen werden.

Die drei Faktoren der Macht

Es gibt in diesem Kampfe drei wirkliche Faktoren der Macht: Die Parteimaschine, die Geheimpolizei und die Streitkräfte. Unter Umständen könnten weiter Machtgruppierungen im Entstehen sein: z. B. ein Korpsgeist innerhalb der Staatsverwaltung oder unter den Industriellen und Technikern; dies sind aber nur unterentwickelte Kräfte und gegenwärtig keine tatsächlichen Machtfaktoren.

Wer kontrolliert die Parteimaschine? Als Stalin lebte, stand sie unter seiner Kontrolle. Ob er Generalsekretär oder Ministerpräsident oder einfach Woschdj war, alle Macht und alle Entscheidungen stammten von ihm oder wurden in seinem Namen gegeben. Weil er in den letzten Jahren Malenkow zum Parteisekretär ernannt hatte oder als ersten in einer Gruppe von drei oder fünf oder zehn Sekretären, (die Zahl änderte sich) wurde von der äußeren Welt und auch von einer Anzahl Menschen in der Sowjetunion, vielleicht sogar von Malenkow selbst angenommen, daß er die Hand am Hebel hatte, die diese machtvolle Maschine bewegte. Aber oft gibt es eine Art von zentralem Mechanismus, der den Schlüssel für das Funktionieren einer Maschine darstellt, und wenn dieser entfernt ist, können die Hebel nicht mehr arbeiten. Stalin verkörperte einen solchen zentralen Mechanismus. Die gesamte Macht und alle Bindungen konzentrierten sich auf ihn. Als er starb, wurde es bald klar, daß niemand mehr im völligen Besitz der Parteimaschine war.

Einige Tage lang handelte Malenkow so, als ob er noch im Besitz dieser Maschine sei, und auch die Partei schien so zu handeln, als ob dies der Fall wäre. Am Tage von Stalins Tod titierte die Prawda in ihrem Leitartikel einige seiner kraftlosen Äußerungen in großen Lettern, so wie sie früher Stalin zitiert hatte. Dies geschah auch am 7., 8. und 9. März. Am 9. März veröffentlichte die Iswestja ein Foto, das Stalin mit Malen-

kow und einem kleinen Mädchen zeigt. Am 10. März veröffentlichte die Prawda ein Foto, das durch Montage retouchiert Stalin, Mao-Tse-tung und Malenkow als „Große Drei“ bei der Unterzeichnung des sino-sowjetischen Vertrages alleinstehend zeigte. Eine Prüfung des ursprünglichen Fotos ergab, das Berija und Molotow genau wie Wyschinski, der den Vertrag in Wirklichkeit unterzeichnet hatte, und mehrere weitere Männer in der „retouchierten Fassung“ weggelassen worden wären. Die sowjetische Bildstelle veröffentlichte ein Foto von Malenkow, bei dem zwei seiner drei Kinne fehlten. Die Operation Retouche hatte ihren Anfang genommen.

Grußadressen trafen von Provinzkongressen und Zusammenkünften an den „Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR und Generalsekretär des Zentralkomitees der KPSU G.M. Malenkow“ ein. Die Presse begann die Formulierung „unter Leitung des Genossen Malenkow“ zu verwenden. Dann verringerte sich plötzlich die Anzahl der Zitate. Statt der fettgedruckten wurden gewöhnliche Lettern verwendet. Neben den Zitaten von Malenkow wurden Zitate von Molotow und Berija angeführt. Zwischen dem 13. und 15. März hörte die Prawda auf, den Doppeltitel für Malenkow einzusetzen. Anstatt auf seiner Person lag die Betonung dann auf „dem Zentralkomitee, dem die Männer angehörten, die der Genosse Stalin gelehrt und in deren Hände Stalin das große Banner Lenins gelegt hatte“.

Der Oberste Sowjet, der für den 14. März einberufen worden war, um die am Tage von Stalins Tod durchgeführten Veränderungen zu „ratifizieren“, wurde ohne Erklärung um einen Tag verschoben. Als er zusammentrat, unterschied sich die Liste der Kabinettsminister von der, die am 6. März im Rundfunk bekanntgegeben worden war. Wiederum keine Erklärung. Das „Zentralkomitee der Partei“ war am 14. März zu einer Geheimsitzung zusammengetreten und zu bedeutenden Entscheidungen gelangt, die eine volle Woche geheim gehalten wurden. Der Sowjet tagte nur für eine Stunde, es war eine der kürzesten Sitzungen seiner Geschichte. Er stimmte den Berichten über die am Tage von Stalins Tod durchgeführte Änderung zu, die in der Geheimsitzung vom 14. März in mysteriöser Weise erneut geändert worden waren, befaßte sich aber nicht mit der Formalität, über irgendetwas abzustimmen. Malenkow erklärte den Abgeordneten: „Die Stärke der Regierung wird auf ihrer kollektiven Natur beruhen“. Erst am 21. März, eine volle Woche später, wurde bekanntgegeben, daß Malenkow am 14. März „auf eigenen Wunsch“ seines Postens als Parteisekretär entbunden und dadurch seiner doppelten Führerstellung entkleidet worden war, die ihn für die Nachfolge gekennzeichnet hatte.

Weder die Redakteure der regionalen und Provinzblätter noch der Oberste Sowjet waren über die Entscheidungen der geheimen Parteiführersitzung am 14. März unterrichtet worden. Es ist nicht zu glauben, daß es sich um eine Vollsitzung des Zentralkomitees, so wie behauptet wurde, gehandelt hat, denn dies ist so groß (216 Personen) daß die Nachricht die Redakteure und Sekretäre der Sowjet-Republiken erreicht hätte. Selbst noch am 21. und 22. März veröffentlichten Provinzzeitungen anstelle der Spalte „Tagesnachrichten“ Grußbotschaften an Malenkow und wiesen auf seinen doppelten Titel und auf seine Stellung als „Haupt der Partei“ oder „der Regierung“ oder auf beides hin. Plötzlich hörte dies auf. Die meisten Zeitungen erschienen einen ganzen Tag überhaupt nicht – in vielen Fällen war es nicht der übliche Ruhetag – und eine überraschend große Anzahl von ihnen erschien am folgenden Tag mit dem Namen eines neuen Herausgebers im Impressum. Bei diesen Artikeln (in Provinzzeitungen, wie sie in den Vereinigten Staaten nur als Aprilscherz betrachtet werden würden) behalten einige Provinzzeitungen ihre fettgedruckten Beiträge und Grußadressen an Malenkow bei, während in Georgien Berijas Name auf Kosten von Malenkow in den Vordergrund gestellt wurde. Ihm wurde eine überaus große Anerkennung für Dinge gezollt, die vorher eng mit dem Namen des anderen Georgiers, mit Joseph Stalin, in Verbindung gebracht worden waren. So bleibt die Lage gespannt und in der Schwebe, aber die große „Popularitätskampagne“ ist offensichtlich zusammengebrochen oder sogar ins Gegenteil verkehrt.

Als Malenkow zum ersten Male dem Obersten Sowjet über die Veränderungen berichtete, die in der „Stalinistischen“ Partei und in der Regierung vorgenommen worden waren, stellte er sie so dar, als seien sie von Stalin „beabsichtigt und gebilligt“ worden. Tatsächlich wurden in

bezeichnender Weise die Maßnahmen verändert, die Stalin auf dem Neunzehnten Kongreß getroffen hatte. Der Kongreß hatte das Politbüro zugunsten eines großen und unförmigen Präsidiums von 25 Mitgliedern aufgehoben. Jetzt wurde das Präsidium wieder auf 10 Mitglieder verringert, die in den meisten Fällen Mitglieder des alten Politbüros waren. Niemals zuvor setzte sich eine beratende Körperschaft in der Sowjetunion wegen der Gefahr unentschiedener Abstimmungen aus einer geraden Zahl von Mitgliedern zusammen. Das läßt ahnen, daß ein toter Punkt erreicht und daß das Gleichgewicht der Kräfte Gegenstand sehr schwieriger Verhandlungen war.

Das Sekretariat, das auf dem Neunzehnten Kongreß auf 10 Sekretäre erhöht worden war, wurde nun auf 5 verringert mit Malenkow als Erstem Sekretär. Als Malenkow am 14. März seinen Posten als Sekretär verlor, wurde er durch Chruschtschow ersetzt. Einige Wochen später wurde Ignatiew, der gerade erst beim Tode Stalins die Stellung eines Parteisekretärs erhalten hatte, im Zusammenhang mit der „Ärzteverschwörung“ kurzerhand entlassen. Anstatt 10 Mitglieder scheint das Sekretariat jetzt nur noch 4 Mitglieder zu haben.

Nicht weniger aufregend waren die Veränderungen in den noch von Stalin besetzten Regierungsstellen. Das innere Kabinett von 14 Stellvertretenden Ministerpräsidenten wurde auf 5 oder 6 verringert. Malenkow wurde Ministerpräsident, doch wurde er von Mitgliedern der „Alten Garde“ umgeben und offensichtlich ihrer Kontrolle unterstellt. Um ihre Bedeutung zu unterstreichen, brachte die Partei das Wunder fertig, vier „Erste Stellvertretende Ministerpräsidenten“ zu ernennen, die mit ihm zusammenarbeiten sollten. Obgleich alle vier den Titel „Erste Stellvertretende Ministerpräsidenten“ tragen, müssen sie doch in einer bestimmten Reihenfolge genannt werden, und zwar wurden Berija als erster „Erster“, Molotow als zweiter, Bulganin als dritter und Kaganowitsch als vierter Erster Stellvertretender Ministerpräsident angeführt. Außerdem wurde ein Mitglied von Stalins alter Garde, Mikojan, zum Stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt. Er war der einzige, der kein „Erster“ in seinem Titel führte.

Das Innenministerium und das Staatssicherheitsministerium wurden zu einem Ministerium zusammengelegt und Lavrenti Berija, der mit Stalins Hilfe die „Treppe heraufgefallen“ war, wurde auf seinen alten Posten als Leiter der gesamten Geheimpolizei wieder eingesetzt. Das Kriegsministerium und das Marineministerium wurden zu einem Ministerium verschmolzen und Bulganin wurde Minister. Ihm wurden zwei „Erste“ Stellvertretende Minister, die Generäle Shukow und Wasilewskij, beigegeben. Auf diese Art wurde die Armee wieder in das Gefüge der sorgfältig gegeneinander abgewogenen Kräfte eingegliedert, und General Shukow, den Stalin eifersüchtig auf einen zweitrangigen Posten abgeschoben hatte, tauchte wieder als eine Art „Repräsentant“ des Generalstabes auf. Woroschilow, jetzt 72 Jahre alt, wurde Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets. Das scheint in erster Linie ein Ehrenamt zu sein, doch im außerordentlich schwierigen Gleichgewicht der Kräfte scheinen mit ihm doch gewisse Einflußmöglichkeiten verbunden zu sein. Denn am 28. März als Malenkow schon etwas mehr in den Hintergrund getreten war, war es nicht Malenkow, Ministerpräsident und Vorsitzender des Ministerrates, sondern Woroschilow, Vorsitzender des Präsidiums, der den um Popularität werbenden Amnestieerlaß unterzeichnete. Hätte Stalin sich zum Erlaß einer Amnestie entschlossen, würde er nie zugegeben haben, daß der Vorsitzende einer rein repräsentativen aber einflußlosen Körperschaft an seiner Stelle unterzeichnet hätte.

Lavrenti Berija

Als Stalin starb, schien Lavrenti Berija das Spiel verloren zu haben. Mehr als ein Jahrzehnt war er Stalins Favorit. Er beherrschte zuerst Georgien als Leiter der georgischen Polizei, und dann wurde er zum Sicherheitschef aller Sowjet-Republiken ernannt. Nachdem der Posten in zwei aufgeteilt worden war, in einen Minister für Staatssicherheit und in einen Minister für innere Angelegenheiten, wurde Berija im Jahre 1946 von der direkten Verantwortung für beide entbunden und wurde zum Stellvertretenden Ministerpräsidenten erhoben, „um sich voll und ganz seiner Hauptarbeit widmen zu können.“ Es wurde behauptet, daß diese Hauptarbeit in der Entwicklung der Atomenergie und in Atomspionage

oder in der Gesamtüberwachung beider Sicherheitsapparate bestand. Berijas Anhänger hatten die Verantwortung für beide, wie vorher seinen Anhängern die Verantwortung für Georgien übertragen worden war, als er nach Moskau berufen wurde.

Das erste sichtbare Zeichen, daß Berijas Stern im Sinken war, war eine ausgedehnte Säuberungsaktion unter den von ihm eingesetzten Funktionären im Jahre 1953 in seiner Heimatprovinz Georgien. Erster Sekretär der Georgischen Partei wurde der anti-Berija-Mann Mgeladze, der mit Beihilfe des Polizeileiters Ruhhadze „in stalinistischer Weise“ viele kleine Parteiführer vernichtete. Stalin aber zwang Berija nach gewohnter Weise, sich selbst bei seinen Anhängern durch Billigung dieser Säuberungsaktion in Mißkredit zu bringen. Auf dem Neunzehnten Kongreß im Oktober 1952 stieß Stalin den Berija-Anhänger Abakumow, Staatssicherheitsminister der Sowjetunion, aus der Partei und den Regierungsstellen aus. Am 13. Januar 1953 schlug der Blitz wieder ein. Nachdem Stalin und Malenkow geduldig Vorbereitungen getroffen hatten, wurde verkündet, daß die führenden Ärzte des Kremls „Giftmischer“ wären, und daß der Tod von Schtscherbakow und Shdanow, der sich ereignet hatte, als Berija in der Geheimpolizei noch einen Machtfaktor darstellte, von den Giftmischer-Ärzten veranlaßt worden wäre. All dies hätte sich nur ereignen können, weil die Sicherheitsorgane „sich mangelnder Wachsamkeit“ schuldig gemacht hätten. Für Berija begann die Lage drohend zu werden.

So wie die Gehirnblutung Lenins einst Stalin rettete, als Lenin im Begriffe war, ihn von seinem Posten als Generalsekretär im Jahre 1923 zu entheben, so griff der Tod am 5. März 1953 ein und rettete Berija. Schon am nächsten Tag wurden das Staatssicherheits- und das Innenministerium wieder zusammengelegt und Lavrenti Berija hielt das mächtige Machtinstrument wieder fest in der Hand. Berija war einer der drei Redner bei Stalins Begräbnis. Er war es, der die Ernennung von Malenkow zum Ministerpräsidenten vornahm. Am 21. März verzichtete Malenkow auf seinen Posten als Parteisekretär, der Stalin erst den Weg zur Macht geebnet hatte. Aber Berija hatte zwei schwerwiegende Hindernisse zu überwinden. Das eine war die Unpopularität, die immer mit dem Amt des Leiters der Geheimpolizei verbunden war. Berija begann in seinen Ansprachen zu beteuern, daß er die bürgerlichen Rechte des Sowjetbürgers schützen und die Verfassung achten würde. Am 28. März wurde eine umfassende Amnestie für geringfügige Vergehen verkündet, und es wurde angeordnet, daß das Strafgesetzbuch „innerhalb 60 Tagen“ revidiert werden müsse.

Am 3. April wurde die „Ärzteverschwörung“ als Schwindel erklärt, die Anti-Berija-Polizeileiter wurden zur Verantwortung gezogen und festgenommen. Um eine Ungerechtigkeit wieder gutzumachen, kam eine Gegensäuberungsaktion in Gang. Am 6. April wurde Semjen D. Ignatiew, den Stalin und Malenkow auf den Posten des Staatssicherheitsministers gesetzt hatten, als Berija seinen Einfluß verlor, und den Malenkow gerade zum Parteisekretär ernannt hatte, „politischer Blindheit und Leichtgläubigkeit“ angeklagt. Am 7. April wurde sein Ausschluß verkündet.

Genau eine Woche später, am 14. April, holte Berija in Georgien zum Gegenschlag aus. Sekretär Mgeladze, Sicherheitsminister Ruhkadze und „ihre Komplizen“ wurden beschuldigt, unschuldige georgische Funktionäre verleumdet, „die Rechte des sowjetischen Bürgers mit Füßen getreten“, „falsche Bekenntnisse auf unzulässige Weise (Tortur)“ erpreßt, „Beschuldigungen gegen einen gar nicht vorhandenen Nationalismus wieder aufgewärmt“ und sich selbst als „Feinde des Volkes“ gezeigt zu haben. Die Beschuldigten wurden rehabilitiert und in ihre Ämter wieder eingesetzt. Am gleichen Tage wurden in fast allen Republiken der Sowjetunion neue Polizeileiter ernannt. Alle veröffentlichten Namen schienen russisch zu sein, ungeachtet der Nationalität ihrer Träger, und viele von ihnen waren bekannte Berija-Anhänger.

Das andere Hindernis für Berijas Aufstieg zur absoluten Macht ist schwerer zu überwinden, weil es weniger faßbar ist. Wie Stalin ist er Georgier. Die einst internationale kommunistische Partei hat lange mit dem Feuer eines großrussischen Nationalismus und Chauvinismus gespielt. Wenn nun ein zweiter Georgier aus einer entlegenen eroberten Provinz als erster die Nachfolge Stalins antreten würde, würden sich die Großrussen fragen: „Gibt es denn überhaupt keine Russen mehr, die das

russische Land regieren könnten?“ Es ist unmöglich für einen Mann, der als Polizeileiter und Georgier doppelt belastet ist, sofort einen offenen Anspruch auf die apostolische Nachfolge anzumelden. Mehr als jeder andere Anwärter braucht Berija für eine gewisse Zeit den schützenden Schild einer kollektiven Führung und eines „genossenschaftlichen Organs“ um, soweit es ihm möglich ist, im Namen der Partei, des Zentralkomitees und des Präsidiums im Sinne Lenins und Stalins die Sache zu verdrehen. So tragen beide Gründe, seine persönliche mißliche Lage wie auch das gefährdete Gleichgewicht der Kräfte, das die erste Phase des zweifellos noch lange andauernden Kampfes bestimmt, gemeinsam dazu bei, die Bedeutung zu unterstreichen, die der Anonymität und dem Kollektivismus einer Führung beizumessen sind, wie sie für die Gegenwart für einen totalitären Staat unerlässlich sind. Ein solcher Staat kann jedoch, auf die Dauer gesehen, sich weder mit der Anonymität seines Führers einverstanden erklären, noch kann er dulden, daß der Führer Teil einer Kollektivität ist.

Die Rolle der Armee

Die Geheimpolizei hat ihre Führer überall, in jeder Fabrik in jeder Kolchose, in jeder Parteiorganisation. Aber auch die Partei hat ihre Zellen überall, selbst in der Geheimpolizei. Die Armee ist von Parteipolitikern und Agenten der Geheimpolizei durchsetzt und ist das Machtinstrument, das von allen am eifersüchtigsten beobachtet wird. Die Armee wurde von Trotzki aufgebaut, der im Exil durch den Schlag einer Spitzhacke auf den Hinterkopf starb. Sie wurde von Tukaschewski motorisiert, der mit fast dem gesamten Generalstab den blutigen Säuberungsaktionen zum Opfer fiel. Danach entstand gegen die Geheimpolizei ein tiefer Groll, den Stalin offensichtlich zu mildern versuchte durch sein Gerede von der „mangelnden Wachsamkeit der Sicherheitsorgane“ in der „Ärzteverschwörung gegen führende Militärs“. Die Generäle Shukow, Timoschenkow, Wasilewskij, Koniew, Sokolowski wurden von Stalin und Malenkow wie bei einer Stuhlpolonäse hin und hergeschoben, um zu verhindern, daß ihre Popularität zu groß wurde, und sie wurden von einem „politischen General, Marschall und Kriegsminister“, nämlich von Bulganin, überwacht. Heute hat die Armee einen straffen Korpsgeist. Wenn sie sich auf einen Kandidaten einigen könnte, könnte sie durchaus in einem langen Kampfe zum mächtigsten Streiter werden.

Außerdem ist die Armee in diesem totalitären Staat das einzig denkbare demokratische Machtinstrument. Die Großrussen und die anderen Sowjetvölker können sich vermutlich nicht mit der Parteimaschine identifizieren, die sie versklavt und gequält und sie einem endlosen Nervenkrieg ausgesetzt hat. Noch weniger aber mit der Geheimpolizei, die sie gemartert, versklavt und durch Säuberungsaktionen zermürbt hat. Die Armee jedoch diene ihren Interessen, indem sie die Landesgrenzen und ihre Häuser gegen Eindringlinge verteidigte. Die Armee ist ein Teil von ihnen und sie von ihr, denn alle tauglichen Männer dienen in ihr, und in ihr erhielten sie eine bessere Ernährung, Bekleidung und Unterbringung als je zu einer anderen Zeit in ihrem Leben. Schließlich war die Armee mehr zur Verteidigung als zu einem außerordentlich gefürchteten Angriffskrieg bestimmt. Das Volk vertraut der Armee mehr als der Partei oder der Polizei, und bereitwilligst würden sie sich um die Armee scharen. Alle drei Machtapparate sind jedoch keine mechanischen, sondern sind lebende Organismen mit Hunderttausenden, ja selbst Millionen Mitgliedern. In einem stummen Kampf um die Positionen können solche Machtapparate symbolisch benutzt werden, aber sie können nicht heimlich und hinter dem Vorhang ins Spiel gebracht werden. Wenn es den Streitenden nicht glückt, durch Unterwerfung oder durch Säuberungsaktionen hinter dem Vorhang einander auszuschalten, dann können die drei großen Machtapparate, von denen jeder Millionen Mitglieder mit ihren Familien umfaßt, in der einen oder anderen Form eingesetzt werden. Wer immer die Partei anruft, muß sich zugleich auf irgendeine Tradition auf ein Programm, auf irgendetwas in der Vergangenheit, in der Gegenwart, oder auf etwas, was für die Zukunft geplant ist, berufen. Das gleiche gilt für die Armee und auch für die Geheimpolizei. Zieht sich der Kampf hin, und dehnt er sich aus, so müssen andere Machtreserven ins Feld geführt werden: Die dahinsiechenden Gewerkschaften, die Provinzen, die Nationalitäten, örtliche Parteifunktionäre, der erstehende Korpsgeist der Beamten und Techniker, die Kolchosen, die Fabriken. In jedem Falle ist

der Kampf um die Nachfolge des charismatischen Führers durch einen anderen gleicher Art untrennbar mit dem totalitären Staat verbunden, und der Kampf wird offen oder verdeckt eine lange Zeit schwelen.

Wenn jedoch diese Machtapparate nicht nur als Notbehelf dienen, sondern in das Spiel als tatsächliche Machtfaktoren eingebracht werden, dann könnte irgendetwas geschehen. Dann könnte das russische Reich, das von einem Emporkömmling nicht so ohne weiteres die Befehle entgegennimmt wie einst von Stalin, ein freies Leben wiedergewinnen. Dann können die sowjetischen Völker, die so lange in Ketten schmachteten, ihre Freiheit wieder erhalten, während die übrige Welt, die nur dann sicher ist, wenn Rußland wieder demokratisch ist, wieder Hoffnung auf einen echten, gerechten und dauernden Frieden schöpfen könnte.

Aber die derzeitigen „Friedensgespräche“ dürfen nicht mit einem echten Frieden verwechselt werden. Die Männer im Kreml handeln aus der Schwäche und der Unsicherheit ihrer inneren Kämpfe. Wie damals, während der Hungersnot in den ersten zwanziger Jahren, traten sie ihren strategischen Rückzug aus der Neuen Ökonomischen Politik an und boten Ausländern „Konzessionen“ an; wie zur Zeit der Anti-Komintern-Achse sprachen sie von „stalinistischer Verfassung“ und der „Volksfront“; und wie beim ersten Angriff der Hitlerschen Invasion hoben sie die Komintern auf; und jetzt sprechen sie wieder einmal von Frieden, weil sie jetzt aus Schwäche handeln. Aber während der Neuen Ökonomischen Politik vollendete Lenin die politischen Grundlagen des totalitären

Staates. Die stalinistische Verfassung wurde durch blutige Säuberungsaktionen erst lebensfähig gemacht. Gleichzeitig mit der Aufhebung der Komintern wurden Agenten in die „befreiten“ Länder gesandt, um sie in „Volksdemokratien“ umzuwandeln. Und wieder enthalten die Amnestieerlasse und die Erlasse zur Rehabilitierung der Ärzte drohende Worte über erneute „Wachsamkeit“, und wieder werden sie von neuen Säuberungswellen begleitet, während die „Friedensgespräche“ in Korea ihre wahre Bedeutung in einem neuen „begrenzten Krieg“ in Laos und durch die Einsetzung einer „autonomen Thai-Regierung“ in Jünnan, China, mit Irredenta-Ansprüchen auf Laos, Burma und Thailand erhalten. Dieselbe Prawda vom 25. April, die Präsident Eisenhowers Friedensaufruf abdruckte, erklärte, daß der Kreml nicht mit seinen „Versuchen, die asiatischen kolonialen und halbkolonialen Völker zu befreien“ aufhören werde, und daß die in Laos eindringenden Streitkräfte „die Volksbefreiungsarmee von Patet-Lao“ seien.

Noch immer sind die Schwierigkeiten eines totalitären Systems, seien sie nun groß oder gering, die Chance für die Sache der Freiheit. Nach dem Urteil des Verfassers, das allerdings die Gefahren eines Mißverstehens der Ereignisse in sich birgt, ist die Welt so lange sicher wie ein Regime, das auf totaler Macht und totaler Diktatur beruht, seine konvulsivischen Kämpfe austrägt, um das unlösbare Problem einer „gesetzlichen“ und „friedlichen“ Nachfolge in einem System zu lösen, das weder Gesetz noch Frieden kennt.

FRITZ VON GLOBIG

Der verhinderte Pazifikpakt

Große und kleine Mächte im Stillen Ozean

Die beiden folgenden Artikel von Fritz von Globig und Robert Jungk entnehmen wir mit Genehmigung der Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart, der Zeitschrift „AUSSEN POLITIK“ (Heft 1/54 und Heft 9/53).

Das Vertragsnetz der Nato, das die westlichen Länder zusammenhält, hat kein Gegenstück auf der anderen Erdhälfte. Zwischen den Anliegerstaaten des Pazifik sind nur einige wenige Trossen gespannt. Für ein wirkliches Netz fehlt es an festen Knoten, von denen es erst einen einzigen gibt, den Anzus-Pakt. Dieser Vertrag, der seine Bezeichnung von den Anfangsbuchstaben der englischen Namen seiner Partner — Australia, New Zealand, United States — herleitet, verpflichtet die drei Staaten zur gegenseitigen militärischen Unterstützung. Daneben bestehen nur noch die zweiseitigen Beistandspakte der USA mit Japan und mit den Philippinen, sowie der paraphierte aber noch nicht ratifizierte Sicherheitsvertrag zwischen den USA und Südkorea und schließlich die Verteidigungsvereinbarungen der Vereinigten Staaten mit dem Regime Tschiang Kai-scheks auf Formosa. Das ist nicht viel und entspräche, auf unsere Erdhälfte transponiert, dem Unterfangen, den atlantischen Raum außer durch ein paar zweiseitige Verträge nur durch ein Dreier-Bündnis zwischen den Vereinten Staaten, Belgien und Holland zu schützen.

Der Anzus-Pakt ist in mehr als einer Hinsicht eine seltsame Konstruktion. Nicht daß Australien und Neuseeland bei den Vereinigten Staaten Schutz suchen, ist das Ungewöhnliche. Die beiden britischen Dominien wissen seit dem zweiten

Weltkrieg, daß Großbritannien allein nicht mehr ihre Sicherheit und Unabhängigkeit garantieren kann. Und so ist es nur natürlich, daß sie sich militärisch von den USA, die damals Australien vor einer japanischen Invasion gerettet haben, decken lassen. Daß die Vereinigten Staaten an festen Abmachungen über die im Kampf gegen Japan erprobte und bewährte, große australische Basis angesichts des aggressiven asiatischen Kommunismus interessiert sind, ist ebenso verständlich. Aber der Anzus-Pakt ist weder nach seiner Vorgeschichte noch nach dem Vertragstext selbst auf diese naheliegenden und begrenzten Aufgaben beschränkt. Er ist als Kernstück eines viel größeren Projektes, als Keim eines wirklichen Pazifikpaktes und Gegenstück zum Nordatlantiktakt nicht nur konzipiert und interpretiert, sondern auch ausdrücklich formuliert worden. An dem provisorischen Charakter des Vertrages in seiner jetzigen Form kann kein Zweifel bestehen, wenn es in der Präambel wörtlich heißt: „... in dem weiteren Bestreben, ihre gemeinsamen Bemühungen um die Wahrung des Friedens und um die Gewährleistung der internationalen Sicherheit bis zu demjenigen Zeitpunkt zu koordinieren, zu dem ein umfassenderes regionales Sicherheitssystem im pazifischen Raume geschaffen sein wird...“ Und die gleiche Wendung taucht auch im Vertragstext selbst auf, in dem der

Anzus-Rat ermächtigt wird, zu anderen Staaten in beratende Beziehungen zu treten, „bis zur Schaffung eines umfassenderen Systems regionaler Sicherheit im pazifischen Raume“.

Der Kern hat sich jedoch seither nicht entwickelt. Der Anzus-Pakt ist auch heute noch ein Provisorium von immerhin schon zweijähriger Dauer. Dies nicht etwa, weil es der Diplomatie der beteiligten Staaten nicht gelungen wäre, die zusätzlichen Partner für das im Vertragstext ins Auge gefaßte Ziel einer größeren Allianz zu finden. Im Gegenteil, die Staaten — darunter solche wie die Philippinen oder Nationalchina, die sich schon Jahre vor dem Abschluß des Anzus-Paktes um das Zustandekommen eines Pazifikpaktes bemühten — drängen sich förmlich dazu, in das Bündnis aufgenommen zu werden. Im Falle Großbritanniens hat die hartnäckige Exklusivität der Anzus-Staaten sogar zu einer nachhaltigen Verstimmung zwischen London und Washington geführt, die sich in so bitteren Äußerungen wie der des konservativen Unterhausabgeordneten Eccles Luft macht: „Laßt uns der Tatsache ins Gesicht sehen, daß wir eine Krise in der englischen Geschichte erreicht haben, wenn unsere Brüder in Übersee durch den mächtigen Magneten USA von einem schwachen England weggezogen werden“.

Diese merkwürdigen Ungereimtheiten des Anzus-Paktes, der in mancher Hinsicht das Gegenteil von dem bewirkt, was zu bewirken sein erklärter Zweck ist, lassen sich nur aus seiner Entstehungsgeschichte erklären, die sich vor einer ständig wechselnden politischen Szenerie abspielte.

Im April 1949 setzten die Vertreter von zwölf Staaten in Washington ihre Unterschrift unter den Nordatlantikpakt. Aber der Gegner, dessen Abwehr dieser Vertrag galt, marschierte nicht in Europa, sondern auf der anderen Seite der Welt, in Asien. In China drang der Kommunismus auf demselben Wege nach Süden vor, auf dem wenige Jahre vorher die Japaner zu ihrem Weitsprung bis tief in die pazifische Inselwelt Anlauf genommen hatten. Für Tschiang Kai-schek war das Regieren wieder zu einem ambulanten Gewerbe auf der schon einmal beschrittenen Rückzugslinie Nanking — Kanton — Tschungking geworden. Sein Herrschaftsbereich war schon wieder fast auf den Stand reduziert, auf den er zur Zeit der größten japanischen Expansion abgesunken war. Auch in Indochina, Malaya und Burma waren die Kommunisten aktiv. So war es mehr als verständlich, daß die Pazifik-Länder nicht nur mit größter Beunruhigung auf den Vormarsch des Kommunismus, sondern auch mit einem gewissen Neid auf das im atlantischen Raum soeben abgeschlossene Verteidigungsbündnis blickten. Der Ruf nach einer „zweiten Front gegen den Weltbolschewismus“, nach einer Ergänzung der Nato durch einen Pazifik-Pakt war in dieser Situation unvermeidlich. Der am tödlichsten Bedrohte erhob ihn als erster. Im Juli 1949 reiste Tschiang Kai-schek nach Manila und vereinbarte mit Präsident Quirino, daß die Philippinen die Initiative zur Schaffung eines Pazifik-Paktes ergreifen sollten. Einen Monat später suchte Tschiang Kai-schek in derselben Mission den südkoreanischen Präsidenten, Syngman Rhee auf. Die Beratungen in Seoul führten zu einem formellen Ersuchen der beiden Staatsmänner an den philippinischen Präsidenten, eine Konferenz der asiatischen Länder zu Verhandlungen über einen Pazifik-Pakt einzuberufen. Der australische Verteidigungsminister Dedman begrüßte dieses Projekt wenige Tage später in einer Parlamentserklärung. Selbstverständlich konnte ein Pazifik-Pakt nur durch die Einschaltung der amerikanischen Macht praktische Bedeutung erlangen. Präsident Quirino hatte sich inzwischen zu einem Staatsbesuch nach Washington begeben, wo er in einer Rede vor dem amerikanischen Senat versuchte, die Vereinigten Staaten für einen solchen Vertrag zu gewinnen.

Aber Washington zeigte die kalte Schulter. Die diplomatische Formel, in die die Absage gekleidet wurde, lautete, man sei zwar im Prinzip für den Abschluß eines Vertrages, aber die Initiative dazu müsse von den Staaten im Pazifikraum ausgehen. Es gab mancherlei Gründe dafür, daß sich die amerikanische Regierung nicht für die Idee eines Pazifik-Paktes erwärmen konnte. Man hatte sich gerade auf das große Unterfangen des Nordatlantik-Paktes eingelassen, der, was die Tragweite seiner Bindungen anbelangt, in der ameri-

kanischen Geschichte ohne Vorbild war. Die Regierung war damit beschäftigt, dem Parlament und der öffentlichen Meinung nicht nur die grundsätzliche Zustimmung für ein so neuartiges Projekt abzurufen, sondern sie auch von der Notwendigkeit finanzieller Opfer für die Verbündeten zu überzeugen. Ein paralleles Projekt im Pazifik hätte wesentliche Kräfte von diesen Bemühungen abgezweigt. Außerdem fehlte es im Pazifik auch an Vertragspartnern, die für die Vereinigten Staaten wirklich attraktiv gewesen wären. Keine der drei asiatischen Großmächte kam für eine Mitarbeit in Frage. Indien, gerade erst zur Eigenstaatlichkeit gelangt, hatte fast vom ersten Tag seiner Selbständigkeit an seine Abneigung gegen eine Teilnahme an irgendeiner Blockbildung betont. Japan war noch ein besetztes Land, seiner außenpolitischen Handlungsfreiheit und seiner Wehrhoheit entkleidet. Und China? Über diesem Land stand damals mehr als ein Fragezeichen. Die nationalchinesischen Armeen befanden sich überall im Rückzug vor den siegreichen Kommunisten. Das persönliche Prestige Tschiang Kai-scheks und seines Regimes war damals in den Vereinigten Staaten auf einen Tiefpunkt gesunken. Man hielt den Marschall nicht mehr für bündnisfähig. Über die Gloriole des Verteidigers einer antikommunistischen Insel-Redoute, die ihn heute in weiten Kreisen Amerikas verklärt, verfügte er noch nicht. Aber auch die beiden im Pazifik interessierten europäischen Großmächte, Großbritannien und Frankreich hielten den Plan eines Pazifik-Paktes für verfrüht und sprachen wie der französische Außenminister Schuman im September 1949 von „dringenderen Aufgaben“.

Trotz dieses Desinteresses der Großmächte gaben sich die kleinen Länder noch nicht geschlagen und bemühten sich weiter um die von Washington geforderte Initiative. Der australische Außenminister Spender versuchte Anfang 1950 auf einer Rundreise, die ihn nach Djakarta, Colombo, Karachi und Manila führte, die nördlichen Nachbarn Australiens für einen Zusammenschluß gegen die kommunistische Gefahr zu gewinnen. Wie erfolglos dieser Versuch war, sollte sich wenige Monate später zeigen, als der philippinische Präsident Quirino schließlich in Erfüllung des an ihn im August 1949 gerichteten Ersuchens Tschiang Kai-scheks und Syngman Rhees eine Konferenz asiatischer und pazifischer Staaten zustande brachte. Die Mehrzahl der Eingeladenen machte ihre Teilnahme davon abhängig, daß die Konferenz keinen antikommunistischen und damit prowestlichen Akzent erhalte. Das hatte wieder zur Folge, daß die eigentlichen Initiatoren der Zusammenkunft, Tschiang Kai-schek und Syngman Rhee, der Konferenz fernblieben und ihre Länder nicht vertreten waren. So setzten sich denn am 26. Mai 1950 in Baguio auf den Philippinen außer dem Gastgeber nur Vertreter Indiens, Pakistans, Ceylons, Burmas, Siam und Australiens an einen Konferenz-tisch, von dem sie sich nach ziemlich nichtsagenden Vereinbarungen wieder erhoben. Über den Pazifik-Pakt durfte wegen des Einspruchs Indiens, aber auch Burmas und Pakistans überhaupt nicht gesprochen werden. Damit war die

erste Phase der Bemühungen um einen Pazifik-Pakt, die gleichzeitig die Vorgeschichte des Anzus-Paktes ist, gescheitert.

Ohnehin trat jetzt in der Frage einer gemeinsamen Abwehr des Kommunismus im Pazifik das Handeln an die Stelle des Verhandeln. Der Koreakrieg brach aus und löste über die Vereinten Nationen eine kollektive Abwehraktion aus. Der australische Außenminister suchte im Herbst des Jahres 1950 bei Besuchen in London, Washington und Ottawa den Gedanken an ein Verteidigungsbündnis im Pazifik wach zu halten. Aber der Anstoß zu einer entscheidenden Wendung kam aus einer ganz anderen Richtung und entsprang anderen Motiven. Zu Beginn des Jahres 1951 entschlossen sich die Vereinigten Staaten, aus Japan, der einzigen asiatischen Großmacht, die ihnen noch zur Verfügung stand, einen zuverlässigen und starken Verbündeten zu machen. Zu diesem Zweck mußte mit Japan ein Friedensvertrag, und zwar ein sehr versöhnlicher, großmütiger, abgeschlossen werden, der dem einstigen Feinde seine volle Souveränität und vor allem auch die Möglichkeit zur Wiederaufrüstung zugestand. Das mußte vor allem diejenigen kleineren Pazifikstaaten beruhigen, die während des zweiten Weltkrieges, wie die Philippinen, ein Opfer der japanischen Aggression geworden, oder wie Australien und Neuseeland diesem Schicksal nur mit knapper Not entgangen waren. Der gegenwärtige Außenminister der Vereinigten Staaten, John Foster Dulles, damals ein oppositioneller Politiker, erhielt in einer besonders beachtenswerten Anwendung bipartisaner Außenpolitik den schwierigen Doppelauftrag, als Sonderbotschafter Präsident Trumans sowohl in Verhandlungen mit den Japanern den Friedensvertrag selbst auszuarbeiten als auch die Zustimmung der einstigen Gegner Japans im Pazifik zu erwirken. Der Preis, mit dem sich die Vereinigten Staaten diese Zustimmung erkauften, waren der zweiseitige Vertrag mit den Philippinen und der dreiseitige Anzus-Pakt mit Australien und Neuseeland. Welche entscheidende Rolle die Furcht vor Japan bei dem Abschluß des Anzus-Paktes spielte, wird durch eine Äußerung des neuseeländischen Außenministers Frederick Doidge illustriert, der die Ankündigung des amerikanischen Präsidenten über die Mission von Dulles im April 1951 mit der aufatmenden Feststellung begrüßte: „Damit wird eine Garantie geschaffen, die uns von dem Alpdruck eines Wiederauflebens des japanischen Militarismus befreit“. Beide Verträge wurden als Auftakt zur japanischen Friedenskonferenz am 1. September 1951 in San Francisco unterzeichnet. Ihr doppelter Zweck ist offensichtlich: Beseitigung der Sorge vor Japan und Schutz vor einem weiteren Vordringen des Kommunismus nach Süden.

Die Partner des Anzus-Paktes hatten guten Grund, im Text des Vertrages seinen provisorischen Charakter und das Fernziel eines umfassenden Regionalabkommens für den Pazifik in so prononciert Weise herauszustellen. Denn bereits vor der Unterzeichnung hatte die Nichtbeachtung Englands dort schwer verstimmt. Das

Selbstgefühl Großbritanniens, das sich auf Grund seines Außenpostens in Hongkong und angesichts seiner engen Bindungen an die beiden Pazifik-Dominien Australien und Neuseeland für eine Pazifikmacht par excellence hält, war aufs empfindlichste getroffen. Der britische Außenminister blieb im April 1951 in einer erregten Debatte dem Unterhaus eine Erklärung für diese unerfreuliche Entwicklung schuldig, mußte aber zugeben, „daß Großbritannien es sehr gern gesehen hätte, wenn es ebenfalls dem Abkommen angehören würde“. Die besondere Formulierung des Vertrages, die die Tür für einen späteren Beitritt anderer Nationen offen läßt, sollte wohl die Schockwirkung auf England dämpfen und auch die Gefühle anderer möglicher Aspiranten schonen.

Seit der Unterzeichnung hat England mit zahllosen Demarchen und demonstrativen Erklärungen, teilweise sogar unterstützt von den beiden dem Commonwealth angehörenden Mitgliedern des Paktes versucht, durch die angeblich offene Tür einzutreten, sie aber immer verriegelt gefunden.

Kurz nachdem der Pakt im Frühjahr 1952 durch die beteiligten Parlamente ratifiziert worden war, bezeichnete der australische Ministerpräsident Menzies bei einem Besuch in Ottawa den Beitritt Kanadas als wünschenswert. Als die Außenminister der Anzus-Staaten dann im August zu einer ersten Konferenz in Honolulu zusammentraten, um die nach dem Muster der Nato gebildeten Vertragsorgane — den sogenannten Anzus-Rat bestehend aus den Außenministern oder ihren Stellvertretern und einem Militärausschuß — zu konstituieren, bat England um die Einwilligung zur Entsendung eines Beobachters nach Honolulu. Das Ersuchen wurde auf Betreiben der Vereinigten Staaten abgelehnt. In dem Kommuniqué über die Beratungen in Honolulu hieß es: „In Anerkennung der Tatsache, daß der Rat gerade beginnt, seine eigene dreiseitige Organisation und sein Programm zu entwickeln, kam er zu dem Schluß, daß es verfrüht sei, in diesem Stadium seiner eigenen Entwicklung zu versuchen, Beziehungen mit anderen Staaten oder regionalen Organisationen anzuknüpfen.“ Die japanische Presse bedauerte, daß Japan nicht Mitglied des Paktes sei, und auch in den Philippinen wurde bei dieser Gelegenheit erneut betont, daß der Anzus-Pakt möglichst bald zu einem wirklichen Pazifik Pakt erweitert werden müsse. Der in Honolulu beschlossene Militärausschuß trat einen Monat später in Pearl Harbour zusammen. Das amerikanische Mitglied des Ausschusses war der damalige Oberbefehlshaber der US-Pazifikflotte, Admiral Arthur W. Radford, heute Chef des gemeinsamen Generalstabes der amerikanischen Wehrmacht.

Im Herbst 1952 tagte in London eine Commonwealth-Konferenz, auf der die leidige Frage des Anzus-Paktes ein wichtiger Beratungspunkt gewesen sein dürfte. Jedenfalls wurde als Ergebnis dieser Beratungen am 14. Dezember, also nach der Wahl Eisenhowers zum Präsidenten, aber noch vor seinem Amtseintritt, vom Amt des

britischen Premierminister eine recht ungewöhnliche Erklärung veröffentlicht, in der mitgeteilt wurde, daß Großbritannien, Australien und Neuseeland einen eigenen Plan zur Verteidigung des pazifischen Raumes ausgearbeitet hätten, den sie dem künftigen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Eisenhower, unterbreiten wollten. Dieser Plan sei auf der kürzlichen Commonwealth-Konferenz beschlossen worden. „Dabei wurde völlige Übereinstimmung über gewisse grundsätzliche Anregungen erzielt, die zu gegebener Zeit Gegenstand freundschaftlicher Verhandlungen mit dem amerikanischen Verbündeten sein werden.“ Diese offensichtliche Spekulation auf einen Meinungswechsel der neuen amerikanischen Regierung in der Frage des Anzus-Paktes erwies sich als irrig. Die von Downing Street angekündigten „freundschaftlichen Verhandlungen“ sind, falls sie überhaupt stattgefunden haben, ohne Erfolg geblieben. Im Anschluß an die nächste Commonwealth-Konferenz nach der Krönung im Juni 1953 fanden jedenfalls Verteidigungsbesprechungen statt, an denen die Premierminister Großbritanniens, Australiens und Neuseelands sowie die britischen Stabschefs teilnahmen. Amtlich wurde dazu mitgeteilt, daß diese Beratungen später durch einen der britischen Stabschefs in Australien und Neuseeland fortgesetzt werden würden. Diese jüngste Aktion Londons ließe sich fast als der Versuch eines Konkurrenzunternehmens zum Anzus-Pakt deuten, wenn nicht eine enge militärische Zusammenarbeit ohnehin zu den normalen Funktionen des Commonwealth gehörte.

Der Sommer brachte dann noch weitere Versuche Australiens, dem englischen Mutterland Zutritt zum Anzus-Pakt zu verschaffen. Premierminister Menzies forderte in London Ende August in einer Rede die Aufnahme Englands, und als der Anzus-Rat am 9. September zu seiner zweiten Tagung in Washington zusammentrat, erklärte der australische Außenminister Casay auf der Eröffnungssitzung unter offensichtlicher Anspielung auf England, er denke noch immer an die Möglichkeit eines größeren Pazifik-Paktes; der Anzus-Pakt sei nur ein erster Schritt. Trotzdem hieß es in dem Schlußkommuniqué der Tagung, die Minister seien übereinstimmend der Ansicht, „daß der Versuch, die Mitgliedschaft des Paktes zu vergrößern, nicht direkt oder materiell der pazifischen Verteidigung“ dienlich sein werde. Sie würden jedoch jede Möglichkeit der Stärkung der Verteidigungsbereitschaft dieses Gebietes im Auge behalten. Großbritannien, die Philippinen, Frankreich und Nationalchina hätten sich um eine Aufnahme in den Pakt bemüht.

Auch wenn die Kommuniqués des Anzus-Rates formell stets im Namen der drei Vertragspartner veröffentlicht wurden, so kann doch kein Zweifel bestehen, daß der Widerstand gegen eine Erweiterung des Paktes und vor allem gegen die Aufnahme Englands ausschließlich von den Vereinigten Staaten ausgeht. Man geht wohl auch nicht fehl in der Annahme, daß die USA an sich kaum etwas gegen die Aufnahme etwa der Philippinen oder Nationalchinas einzuwenden haben würden, wenn dadurch nicht die Aufnahme Eng-

lands, um eine noch stärkere Brückierung zu vermeiden, unausweichlich werden würde. Auch der Vorschlag des republikanischen Fraktionsführers im amerikanischen Senat, Senator Knowland, für die Bildung eines rein asiatischen antikommunistischen Blocks, der von Syngman Rhee und Tschiang Kai-schek bei ihrer Zusammenkunft auf Formosa im November 1953 aufgegriffen wurde, läuft praktisch auf eine Ausschaltung Englands hinaus, da es ja nicht zu den asiatischen Nationen gehört. Es dürfte in der Geschichte der Diplomatie kaum ein Beispiel dafür geben, daß ein Staat einen seiner engsten Verbündeten mit einer solchen Hartnäckigkeit von einem anderen regionalen Zusammenschluß fernhält. Die amtliche Begründung dieser Haltung wirkt schon durch den Wechsel der Argumente — „verfrüht“ (Honolulu-Konferenz); „nicht direkt oder materiell der Verteidigung dienlich“ (Washingtoner Konferenz) — nicht sehr glaubhaft. Auch die im Anschluß an die Washingtoner Tagung des Anzus-Rates verbreitete offiziöse Erklärung klang nicht überzeugend, derzufolge bei einer Aufnahme Englands zum mindesten auch Frankreich und Holland beteiligt werden müßten. Das würde jedoch den Eindruck erwecken, hieß es in dem Kommentar weiter, als handele es sich beim Anzus-Pakt um einen „Klub der Weißen“, der die Kolonialherrschaft in neuer Form durchsetzen wolle.

Die wirklichen Gründe für die Exklusivität des Anzus-Paktes sind vielmehr in dem tiefgehenden Auffassungsunterschied zwischen der amerikanischen und der britischen Politik im Pazifik zu suchen. Die Vereinigten Staaten möchten sich offenbar bei den jährlichen Tagungen des Anzus-Rates nicht Schwierigkeiten aussetzen, wie sie ihnen die britische Diplomatie zum Beispiel auf der Tagung der Vereinten Nationen über die Koreakonferenz bereitet hat. Der schmerzhafteste Reibungspunkt ist bekanntlich die Anerkennung der Pekinger Regierung durch Großbritannien. Die beiden Anzus-Partner der USA, Australien und Neuseeland, haben die Regierung Mao Tse-Tungs nicht anerkannt, und ihre politische Einstellung im Pazifik deckte sich schon lange vor dem Abschluß des Paktes weitgehend mit der amerikanischen Linie. Mit einem Vertreter Englands im Anzus-Rat wäre es jedenfalls sehr viel schwieriger gewesen, auf der September-Tagung in Washington zu beschließen: „Die Außenminister sprachen sich ferner gegen die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu der Volksrepublik China und gegen ihre Aufnahme in die UN unter den gegenwärtigen Umständen aus.“

Bis es nicht zu einer Angleichung der amerikanischen und der britischen Politik in Asien kommt, ist kaum damit zu rechnen, daß der Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten, Australien und Neuseeland zu dem in seiner Präambel verheißenen „umfassenderen, regionalen Sicherheitssystem im Pazifischen Raume“ ausgebaut werden wird. Der Anzus-Pakt wird also bis auf weiteres nur ein Kern bleiben — ein Kern ohne Frucht.

ROBERT JUNGK

Ein weltpolitisches Führungsinstrument

Der „National Security Council“ der Vereinigten Staaten

Am ersten April 1953 waren die amerikanischen Zeitungen voller Nachrichten über die Entwicklung der neuesten sowjetischen „Friedensoffensive“. In den Vereinten Nationen war endlich eine Einigung über die lange umstrittene Nachfolge von Generalsekretär Trygve Lie erreicht worden und in Berlin hatte General Tschuikow einen Brief an den ehemaligen deutschen Reichskanzler Dr. Joseph Wirth veröffentlichten lassen, in dem er sich für eine Viererkonferenz über einen deutschen Friedensvertrag aussprach. Aus Washington kam die Nachricht, daß der Atomtrieb einer Maschine, die in das erste Atom-Unterseeboot eingebaut werden sollte, erfolgreich ausprobiert worden sei. Der Handelsminister hatte dem Chef des staatlichen Eichamtes als Resultat starken Drucks aus Kreisen der Privatindustrie brüsk gekündigt, und „Beamte der Vereinigten Staaten erklärten, die neue kommunistische Friedensoffensive müsse unter besonderer Berücksichtigung von Deutschland und Japan studiert werden.“ Vergeblich würde man jedoch auf den Titelseiten der Tagesblätter einen Bericht über die am Vortage stattgefundenen Sitzung des „National Security Council“ gesucht haben. Dabei war dieses Ereignis vermutlich wichtiger als irgendeine der soeben zitierten Nachrichten.

Von neun Uhr morgens bis halb sieben Uhr abends hatten die Chefs der wichtigsten Ministerien und anderen Regierungsbüros unter dem Vorsitz von Präsident Eisenhower versucht, ihre Pläne miteinander in Einklang zu bringen und gemeinsam die großen Linien der amerikanischen Weltpolitik unter außen- und innenpolitischen, militärischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten festzulegen. Dies war in den Worten eines kompetenten Beobachters „etwas, das nie vorher versucht wurde.“ Seit dem Beginn der neuen Verwaltung hatten die Stäbe der verschiedenen in Betracht kommenden Regierungsbüros auf diesen Stichtag, den 31. März 1953, hingearbeitet. In zahlreichen vorhergehenden Sitzungen waren Vorschläge, Alternativen und Beschlüsse auf „mittlerer Ebene“ entworfen worden. Sie sollten nun auf der „höchsten Ebene“ abermals besprochen und dann entweder angenommen oder verworfen werden.

Was in diesen vielstündigen Sitzungen wirklich beschlossen und als gültige Direktive der Eisenhower'schen Verwaltung festgelegt wurde, kann nur im Laufe der kommenden Monate und vielleicht erst Jahre deutlich werden. Der „Nationale Sicherheitsrat“ hält seine Arbeiten streng geheim. Er gehört zur Gruppe der bestbewachten Amtsstellen in Washington. Während Verteidigungsministerium, Staatsdepartement und sogar die Atom-Energiekommission Pressestellen haben, die wenigstens gefilterte Nach-

richten herausgelassen, verzichtet diese meist nur mit ihren Anfangsbuchstaben „NSC“ benannte Institution auf jeden Kontakt mit der Öffentlichkeit. Ihre Büros befinden sich in dem pompösen Bau des alten Staatsdepartement gleich neben dem Weißen Haus. Aber wer versucht, mit einem Mitglied des etwa ein halbes hundert Personen umfassenden Stabes zu sprechen, wird es schwer finden ein Interview zu erhalten.

Diese bewußte Geheimhaltungspolitik ist schuld daran, daß lange nur ungenaue und übertriebene Nachrichten über den NSC an die Öffentlichkeit drangen. Es wurde behauptet, der „Nationale Sicherheitsrat“ sei eine Art „amerikanisches Politbüro“, ein Machtinstrument der Militärs, das die normalen verfassungsmäßigen Aufgaben des Kongresses und des Kabinetts an sich zu reißen versuche. Die Vorgeschichte und die ersten Arbeiten dieser für amerikanische Verhältnisse ganz neuen Planungs-Organisation waren in der Tat geeignet, derartige Verdächtige hervorzurufen. In der Praxis aber hat der NSC das Mißtrauen, mit dem ihm eine oft auf Hörensagen und Vermutungen angewiesene Öffentlichkeit anfangs begegnete, nicht bestätigt. Präsident Truman hat treffend über dieses neue Instrument der amerikanischen Politik gesagt: „Ich weiß nicht, wie Präsidenten vor mir ohne den National Security Council auskommen konnten.“

Die Entstehungsgeschichte des NSC

Tatsächlich machte sich das Fehlen einer solchen Leitgruppe erst wirklich bemerkbar, als die Vereinigten Staaten durch ihr militärisches Eingreifen in den zweiten Weltkrieg in eine aktive weltpolitische Stellung hineinwuchsen. Es zeigte sich schon während des Krieges immer wieder, daß militärische und außenpolitische Entscheidungen nicht unabhängig gefällt werden konnten. Konflikte wie der Kampf um Admiral Darlan, dem von der Armee aus strategischen Erwägungen heraus politische Konzessionen gemacht wurden, die das Außenministerium dann nicht anzunehmen bereit war, oder in der Frage der sowjetischen Waffenhilfe gegen Japan zeigten einen erstaunlichen Mangel an Koordination. Besonders klar trat diese Konfusion bei der sogenannten „Nachkriegsplanung“ hervor. Zwar wurden noch mitten im Krieg zahlreiche Pläne entworfen und oft bis ins kleinste Detail hinein entwickelt, aber sie waren nicht aufeinander abgestimmt. Nicht nur das Staatsdepartement hatte z. B. einen eigenen „Deutschlandplan“, sondern auch das „War Department“, das Handelsministerium, das Landwirtschaftsministerium und sogar das Schatzamt, an dessen Spitze damals Henry Morgenthau stand. Jedes Ministerium versuchte mit jeweils wechselndem Erfolg dem Präsidenten

sein Projekt einzureden und zu alledem entwickelte das Weiße Haus auch noch seine eigenen Pläne.

Der eigentliche Vater des „National Security Council“ war der New Yorker Bankier Ferdinand Eberstadt. Er arbeitete während des zweiten Weltkrieges führend bei der Organisation und den wiederholten Reorganisationen der Kriegswirtschaft mit und hatte während seiner Washingtoner Jahre Gelegenheit, das Nebeneinander, schlimmer noch das Gegeneinander der verschiedenen Ämter aus nächster Nähe zu studieren. Eberstadt hatte zunächst einmal nur die Absicht, wenigstens die Doppelspurigkeit und Rivalität zwischen „War Department“ und „Navy Department“ zu beseitigen, die, besonders wenn es um die Rollen der dem Heere und der Flotte beigegebenen getrennten Luftwaffengänge, ständig miteinander in Kompetenzstreitigkeiten gerieten. Eberstadt fand in James Forrestal, damals seit Mai 1944 „Secretary of the Navy“, einen mächtigen Bundesgenossen. Nach mehreren mündlichen Aussprachen schrieb Forrestal an Eberstadt am 19. Juni 1945 einen Brief, in dem er ihm die folgenden drei Fragen stellte:

„1. Würde eine Vereinigung von Kriegs- und Flottenministerium unter einem einzigen Oberhaupt unsere nationale Sicherheit verbessern?“

2. Falls dies nicht der Fall ist: welche Veränderungen in den gegenwärtigen Beziehungen der militärischen Dienstzweige und Abteilungen sind auf Grund unserer Kriegserfahrungen zur Verbesserung unserer nationalen Sicherheit wünschbar?“

3. Welche Form der Nachkriegsorganisation sollte eingerichtet und aufrechterhalten werden, damit die militärischen Dienstzweige und die anderen Abteilungen und Büros der Regierung imstande sind, möglichst wirksam für unsere nationale Sicherheit zu sorgen und sie zu schützen?“

Dieser Brief war in Wirklichkeit die erste dokumentarisch belegbare Keimzelle des „Nationalen Sicherheitsrates“. Als Eberstadt etwas über drei Monate später seine Antwort in Form eines Berichtes von 250 engbeschriebenen Seiten abgab, war der zweite Weltkrieg inzwischen von den Amerikanern mit der Kapitulation Japans siegreich zu Ende geführt worden. Der „Eberstadt Report“ wurde nun nicht nur zur Grundlage des im Juli 1947 nach langen Kämpfen angenommenen Gesetzes über die Vereinigung der Waffenzweige in einem Verteidigungsministerium („National Security Act“ vom 26. Juli 1947), sondern regte auch die Schaffung eines „Council of Common Defense“ an, der dann in endgültiger Form in „National Security Council“ umgetauft wurde.

Es gehörten ihm damals an: Der Präsident, der Staatssekretär, der Verteidigungsminister, die drei Sekretäre für Heer, Flotte, Luftwaffe und der Vorsitzende des Rohstoffamtes.

Diese Entstehungsgeschichte des „Nationalen Sicherheitsrates“ ist deshalb wichtig, weil sich daraus die lange verbreitete Auffassung ableiten läßt, die in der neuen Einrichtung eine „Erfindung der Militärs“ sah. Dieses Mißtrauen war nicht nur im „großen Publikum“ verbreitet. Forrestal hat in seinem Tagebuch am 16. September 1947 notiert:

„Norstadt bestätigte meinen Eindruck, daß das Staatsdepartment unter Achesons Führung der Schöpfung des Rates sehr zweifelhaft gegenübergestanden hätte und sicherlich versuchen würde, seine Wirksamkeit zu beschneiden. Es war aber seine Ansicht, daß der Rat ein wichtiges Bindeglied sei, da jetzt so viele Entscheidungen getroffen werden müßten, die sich aus militärischen und politischen Fragen gemeinsam ergäben. Er drückte jedoch beträchtliche Bedenken über das Ausmaß militärischer Beteiligung an diplomatischen Entscheidungen aus. Diese entspringe seiner Meinung dem Mangel an ausgebildeten Leuten im Staatsdepartment und der daraus resultierenden Notwendigkeit, Militärpersonal zur Füllung der Lücke heranzuziehen. Die Fortsetzung dieser Praxis halte er für nicht im Interesse des Militärs, das unvermeidlich angegriffen werden würde, weil es zu viel Einfluß auf unsere Außenpolitik hätte. Die wirklichen Tatsachen lägen im Gegensatz zu der öffentlichen Vorstellung ganz anders — gewöhnlich seien es die Militärpersonen, welche die sporadischen und wilden Impulse der Politiker und Diplomaten, die sich die Konsequenzen aggressiver Handlungen nicht klar-machten, zurückhalten müßten. Er zitierte als Beispiel den Zwischenfall vom letzten September, als die Jugoslawen amerikanische Flieger herunterschossen. Acheson war damals für sofortigen aggressiven Einsatz amerikanischer Luftmacht über Jugoslawien. Norstadt mußte ihm klarmachen, daß eine solche Demonstration unausweichlich Krieg bedeute... Ich sagte, dies sei ein Beispiel für das, wofür der Sicherheitsrat da sein müsse: Sorgfältige Untersuchung von Situationen und Zwischenfällen, die helfen solle zu vermeiden, daß man in einen Krieg stolpere!“

Die Gefahr des „Garnisonstaats“

Zehn Tage später, am 26. September 1947 fand die erste formelle Sitzung des „National Security Council“ statt. Präsident Truman versuchte die wachsende Besorgnis des Staatsdepartments über die Rolle der neuen Organisation zu dämpfen, indem er betonte, der NSC habe keine andere Funktion als ihm Ratschläge zu erteilen und Verteidigungsminister Forrestal unterstrich das, indem er betonte, daß außenpolitische Entscheidungen wie bisher dem Weißen Haus und dem Staatssekretär vorbehalten bleiben würden. Trotzdem ruhte die Agitation gegen den NSC nicht, solange vier der sieben Mitglieder vom Verteidigungsministerium und seinen Unterabteilungen gestellt wurden. Es ist behauptet worden, daß dieses Übergewicht der Militärinteressen im NSC haupt-schuldig an dem ab 1947 immer deutlicher spürbaren Vorherrschen militärisch-strategischer gegenüber politisch-diplomatischen Gesichtspunkten in der Außenpolitik der USA sei, ein Vorwurf, der in der Wendung der amerikanischen Politik gegenüber Deutschland und Japan, sowie im systematischen Aufbau eines militärischen Bündnis- und Stützpunktsystems Bestätigung zu finden scheint. Solche Argumente sind keineswegs nur „von links“ vorgebracht worden, sondern in noch stärkerem Maße von republikanischer Seite. Dewey griff in seiner Wahlkampagne von 1948

die starke Einflußnahme des Militärs auf die Außenpolitik an und das „Committee for Economic Development“, eine Organisation, der die führenden Geschäftsleute Amerikas angehören, warnte 1949 unter Hinweis auf die Zusammensetzung des NSC in einer langen Erklärung vor der Entwicklung zum Garnisonstaat. Auf Grund dieser Kritik wurden die drei Sekretäre für Heer, Flotte und Luftwaffe aus dem NSC ausgeschafft und dafür der Vizepräsident der USA zum regulären Mitglied gemacht. Außerdem wurden zu den wöchentlichen Sitzungen nun häufiger hohe Gäste aus anderen Regierungsstellen eingeladen, die das Bild der Beratungen abrunden halfen. Darin spiegelte sich die immer weitere Gebiete einbeziehende Entwicklung des NSC von der ursprünglichen Liaison-Kommission zwischen den traditionellen Gestaltern der Außenpolitik — den Diplomaten des Staatsdepartments — und den neuen Gestaltern — den Generalstäblern im Pentagon — zu einer alle Aspekte öffentlicher Betätigung einbeziehenden obersten Führungsgruppe.

Welche Aufgaben der NSC zu lösen haben werde, zeigte sich bereits in seiner allerersten Sitzung. Es wurde damals befürchtet, daß die Kommunisten in Norditalien durch einen Coup die Macht ergreifen und Tito (der damals noch als komintern-treu galt) zur „Aufrechterhaltung der Ordnung“ ins Land rufen könnten. Das Staatsdepartment wollte wissen, ob das Militär auf eine solche Krise, die Amerikas ganze Position im Nahen Osten in Frage stellen könnte, vorbereitet sei. Ferner ob die USA eine Militärmission nach Rom senden und Premierminister de Gasperi nicht nur mit Ratschlägen, sondern auch mit Waffenlieferungen beim Wiederaufbau seiner eigenen Streitkräfte helfen könnten. Dieses Problem war zweifellos eines, bei dem militärische und politische Überlegungen kaum voneinander zu trennen waren und das nur in Übereinstimmung von Staatsdepartment und Verteidigungsministerium gelöst werden konnte. Es wurde daher entschieden, daß der NSC als seine erste Aufgabe ein „policy paper“ über Italien vorbereiten solle.

Wie eine NSC-Direktive zustande kommt

Eine solche Direktive umfaßt, wenn sie einmal dem NSC zur endgültigen Annahme vorgelegt wird, meist nur fünf bis sechs Seiten. Das Dokument zerfällt in drei Teile. Zuerst wird das „Problem“ kurz dargestellt, danach kommt die „Analysis“, in der die Verfasser die zur Debatte stehende Frage nicht nur in knappen Sätzen von allen Seiten beleuchten, sondern auch verschiedene Varianten möglichen Vorgehens entwickeln. Dann folgt die „Conclusion“, die in möglichst klaren eindeutigen Worten empfiehlt, welche Entscheidung der Präsident treffen solle, und wie die verschiedenen Teile der Regierungsmaschinerie an einer Ausführung teilnehmen sollen.

Meist kommt der erste Anstoß zur Abfassung eines solchen „policy paper“ vom Nachrichtendienst. Jeden Morgen erhält der Präsident einen nur in 27 Exemplaren hergestellten Tagesbericht, in dem die wichtigsten Ermittlungen der „Central Intelligence Agency“ während der letzten 24

Stunden aufgeschrieben sind. So wurde den Amerikanern z. B. Anfang März 1948 durch Geheiminformation bekannt, daß der italienische Kommunistenchef Palmiro Togliatti von Moskau eine öffentliche Erklärung erhalten werde, in der die Russen für eine Rückgabe von Triest an Italien eintreten würden. Bekanntgabe dieser Stellungnahme sollte ganz knapp vor den wichtigen Parlamentswahlen im April stattfinden und Togliatti Waffenhilfe in seinem Kampf um eine Mehrheit in der Volksvertretung gewährleisten. Es lag im amerikanischen Interesse, diesem Propagandacoup zuvorzukommen. Der damalige Exekutivsekretär des NSC, Sidney Souers, ordnete daher am 5. März an, daß sein Stab sofort ein „vorläufiges policy paper“ entwerfen solle.

Dieser ständige Stab des NSC war damals für Washingtoner Verhältnisse sehr klein. Er bestand aus 23 Personen, von denen aber nur zwölf mit eigentlichen Forschungs- und Formulierungsaufgaben betraut waren. Der Rest hatte reine Verwaltungs- und Büroarbeiten zu erledigen. Die „Denker“ im NSC waren vom Staatsdepartment und von den verschiedenen Abteilungen des Verteidigungsministeriums ausgeliehen. Im Falle „Triest“ setzten sich zunächst einmal zwei frühere Mitglieder des diplomatischen Dienstes Harold Shantz und Henry Villard mit den Triest- und Italienspezialisten des Außenministeriums zusammen, um ein sog. „Working paper“ abzufassen, das die Rückkehr Triests zu Italien befürwortete. Dann erhielten drei Militärspezialisten des NSC, ein Oberst Douglas Johnson von der Armee, Oberst Roy Heflebower von der Luftwaffe und Captain Bernhard Austin von der Flotte diesen Entwurf und gaben nun ihre auf strategischen Überlegungen basierende Meinung ab, die in das erste Arbeitspapier mithineingenommen wurde.

Nun wurde dieses bereits korrigierte „working paper“ dem sog. „Senioren-Stab“ vorgelegt, zu jener Zeit aus George Kennan vom Staatsdepartment, General Albert Wedemeyer vom Heer, General Lauris Norstad von der Luftwaffe und Admiral Arthur Struble von der Flotte bestehend. Sie stimmten den Schlüssen des NSC-Stabes zu und begnügten sich mit kleineren Änderungen. In dieser Form wurde der Entwurf am 11. März dem „National Security Council“ vorgelegt, der an jenem Tage unter dem Vorsitz von Staatssekretär Marshall tagte. Marshall war der einzige, der Einwände machte. Die Conclusion empfahl, daß die USA ihrerseits vor den Russen die Rückgabe von Triest befürworten sollten. Der Staatssekretär war sich klar darüber, daß die Vereinigten Staaten aber aus strategischen Gründen in Wirklichkeit einen solchen Schritt nicht wollten, er hätte sie eines wichtigen Horchpostens, einer vorgeschobenen Position beraubt. Trotzdem ließ er sich überzeugen, daß ein Schweigen der USA die Gefahr eines kommunistischen Wahlsieges heraufbeschwor. So stimmte er schließlich zu.

Am 12. März, dem Tag nach der Sitzung des NSC, unterzeichnete Präsident Truman dieses „policy paper“. Es war nunmehr zur vorläufig bindenden Direktive der USA in bezug auf Triest geworden. Eine Stunde später wurden die ameri-

kanischen Gesandtschaften in London, Paris und Rom verständigt. In einigen Tagen gelang es, die Zustimmung der Engländer und Franzosen zu erreichen. Am 20. März 1948 konferierte Frankreichs Außenminister Georges Bidault mit seinem italienischen Gegenpart Graf Carlo Sforza in Turin. Nach der Konferenz gab er bekannt, daß die drei Westmächte die Rückgabe von Triest an Italien befürworteten. Die Rückwirkung auf die italienischen Wahlen vom kommenden 18. April blieb nicht aus. Sie brachten bekanntlich eine wenn auch knappe Mehrheit für die antikommunistischen Parteien.

Versagen und Bewährung in Krisenfällen

Nun funktioniert der NSC keineswegs immer so glatt und letztlich erfolgreich wie im Falle Triest. Als die Blockade über Berlin verhängt wurde, traf man die ersten politisch-strategischen Entscheidungen in einer Sonntagskonferenz im Verteidigungsministerium, ohne daß das Staatsdepartment und der NSC sofort zu Rate gezogen worden wären. Der Entschluß zur amerikanischen Hilfeleistung an die Republik von Korea wurde ebenfalls zuerst außerhalb des NSC in einer von Präsident Truman einberufenen Krisensitzung der wichtigsten militärischen und diplomatischen Persönlichkeiten, die sich damals in Washington befanden, gefaßt. Der Nationale Sicherheitsrat ist einfach ein zu langsames und umständliches Instrument, wenn Sofortentschlüsse gefaßt werden müssen. Er bewährte sich aber sowohl im Falle Berlin, wie im Falle Korea dann später dennoch. Der Entschluß der Amerikaner, auf jeden Fall in Berlin auszuharren, wurde gegen die ursprüngliche Meinung einer Gruppe von Experten im „kombinierten Generalstab“ schließlich endgültig doch erst vom NSC formuliert und durchgesetzt. Es zeigte sich in diesem Falle, daß politische Erwägungen das Verbleiben in einer strategisch exponierten Situation notwendig machten.

Im Falle Korea macht der NSC seinen bisher größten Fehlschluß. Er hatte auf Grund diplomatischer und militärischer Berichte die Direktive erlassen, daß Korea nicht lebenswichtig für Amerikas Sicherheit sei. Sowohl der „kombinierte Generalstab“ wie das Staatsdepartment und die Vereinten Nationen hatten den Rückzug der amerikanischen Besatzungstruppen aus Südkorea empfohlen. Unklare und widersprüchliche Berichte der in unheilvolle Kompetenzstreitigkeiten verwickelten Nachrichtendienste aus Korea waren schuld daran, daß der NSC Warnungen, die ihn im Frühjahr 1950 über einen wahrscheinlichen Gewaltstreich Nordkoreas erreichten, nicht ernst nahm. Man hatte weder die militärische Schwäche Südkoreas richtig vorhergesehen, noch den psychologischen Effekt einer solchen Invasion auf die Weltöffentlichkeit. So wurde dann in wenigen Tagen von anderen Stellen die vielleicht wichtigste Entscheidung der Nachkriegszeit improvisiert.

Andererseits konnte Präsident Truman schon drei Wochen nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten dem Kongreß einen genau spezifizierten Plan für eine Teilmobilisierung und ein

zusätzliches Rüstungsbudget von 10,5 Md. Dollar nur deshalb vorlegen, weil der „National Security Council“ einen solchen Plan im Vorhinein „auf alle Fälle“ ausgearbeitet hatte. Es handelt sich hier um die berühmte Direktive „NSC 68“. Sie ist umfangreicher als die üblichen „policy papers“, da sie die gesamte militärische und politische Lage der USA nach Bekanntwerden der russischen Atomexplosion Ende September 1949 einer genauen Prüfung unterwarf. Im April 1950 lag der auf Grund von „NSC 68“ formulierte Plan zur Teilmobilisierung bereits auf Trumans Schreibtisch. Das war etwas über zwei Monate „vor Korea“. Der „Nationale Sicherheitsrat“ hatte zwar den genauen Ort und Augenblick eines kommunistischen Angriffes falsch eingesetzt, aber doch ganz allgemein eine solche Aktion vorhergesehen und für sie vorgesorgt.

Eisenhowers Reformvorschläge

Trotzdem löste das „Versagen“ des NSC im Fall Korea eine neue Welle der Kritik aus, die vor allem im Wahlkampf von 1952 hochschlug. Am 25. September 1952 hielt Kandidat Eisenhower in Baltimore eine seiner wichtigsten Reden und stellte die Kritik am NSC in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Er sagte:

„Das Versagen dieser Regierungsstelle, zu tun, wofür sie geschaffen wurde, nämlich zur rechten Zeit die rechten Pläne auszuarbeiten, ist schuld an Verschleiß in großem Stil. Ich glaube, die Mitgliedschaft des „Nationalen Sicherheitsrates“ sollte nicht nur auf Kabinettsmitglieder und Vorsitzende großer Regierungsbüros beschränkt sein. Diese Männer sind sowieso bereits mit den Pflichten ihrer eigenen Ämter überbürdet. Der „Nationale Sicherheitsrat“ ist, so wie er sich zur Zeit zusammensetzt, mehr ein Schattenbüro statt einer wirklichen mit der Formulierung der Politik beauftragten Stelle. Das kann korrigiert werden, indem man Zivilisten von höchster Fähigkeit, Lauterkeit und öffentlichem Interesse ernannt. Sie sollten keine anderen offiziellen Pflichten haben.“

Noch ein anderer maßgebender Amerikaner, der eminente Wissenschaftler und Organisator der wissenschaftlichen Mobilisierung im zweiten Weltkrieg, Dr. Vannevar Bush erklärte: „Das Land brauchte eine solche Körperschaft wie den Nationalen Sicherheitsrat seit langer Zeit und es war klug, ihn bei Kriegsende einzurichten... Aber das bedeutet noch nicht, daß er bis jetzt seinen Aufgaben entspricht. Er hat nicht genügend Stabshelfer und es besteht die Tendenz, daß er zum Treffpunkt der Ministerien wird, an dem Kompromisse ausgearbeitet werden, statt ein Platz, wo die Minister wichtige Beratungen pflegen... Es wäre der Mühe wert, die Fehler im Detail und ebenso seine Grenzen wie seine Möglichkeiten zu überprüfen...“

Reorganisation und Erweiterung bringen erhöhte Bedeutung

Die von Eisenhower während der Wahl verlangte Reorganisation des NSC ist langsamer vor sich gegangen, als man ursprünglich erwarten mußte. Erst am 23. März 1953 wurden einige grundlegende Änderungen bekanntgegeben und selbst dieser Entwurf ließ noch vieles offen. Der neue Präsident der Vereinigten Staaten hat vor allem den Schatzsekretär zum ständigen Mitglied des NSC gemacht und damit zum Ausdruck gebracht, daß er die wirtschaftliche Solidität der Vereinigten Staaten für ebenso wichtig hält wie ihre politische und militärische Sicherheit. Da der augenblickliche Inhaber dieses Postens, George Humphrey, eine besonders starke Persönlichkeit

ist, hat er in den Debatten des NSC gerade seinen Standpunkt zur Geltung bringen können. Seine Abneigung gegen die bisherige Politik hoher Regierungsausgaben hat bereits entscheidend auf Rüstung und Auslandshilfe abgefärbt.

Der neue Mann im Weißen Haus hat zwar, wie er es angekündigt hatte, Zivilisten in den NSC gebracht, aber doch nur „am Rande“, in beratender Stellung. Sieben prominente Führer der Wirtschaft, der Arbeiterschaft, der Presse werden als „Berater“ zu besonderen Aufgaben herangezogen. Sie widmen aber nur einen Teil ihrer Arbeitskraft diesen Aufgaben und bleiben daneben weiter in ihren privaten Stellungen. Der NSC besteht jetzt aus sieben ständigen Mitgliedern, dem Präsidenten, Vizepräsidenten, Staatssekretär, Verteidigungsminister, Schatzsekretär, Direktor der Rüstungshilfe und Direktor des Mobilisationsamtes¹⁾. Ein achttes ständiges Mitglied soll später ernannt werden, diese Zahl dann aber auf keinen Fall überschritten werden.

Eisenhower erwartet, daß die ständigen Ratsmitglieder an jeder der wöchentlichen Sitzungen teilnehmen. Er wird außerdem regelmäßig zur Konsultation bei möglichst jedem Zusammentritt des NSC hinzuziehen: den Chef des kombinierten Generalstabs, den Direktor des Nachrichtendienstes, den speziellen Assistenten am Weißen Haus für „Planung des kalten Krieges“²⁾. Der frühere „Senioren-Stab“ ist jetzt durch einen erweiterten „NSC Planning Board“ ersetzt. Er tagt unter dem Vorsitz des speziellen Assistenten im Weißen Haus für Sicherheitsangelegenheiten, Robert Cutler, zwei bis dreimal in der Woche und besteht aus acht weiteren Mitgliedern, von denen jedes die Verbindung zu einer anderen Amtsstelle hält³⁾. Der „ständige Stab“ des NSC bleibt unter seinem von den Demokraten übernommenen Direktor James S. Lay und wurde auf 28 Mitglieder erhöht.

Die Sitzungen des NSC werden in Washington heute als weit wichtiger als die Kabinettsitzungen angesehen, die vor allem innenpolitischen Problemen vorbehalten bleiben. Alle bedeutenden außenpolitischen, militärischen und wirtschaftlichen Entscheidungen werden heute im Schoße des NSC besprochen und festgelegt. Der „National Security Council“ hat erst somit unter Eisenhower eine neue erhöhte Bedeutung gewonnen. Hier wird wirklich amerikanische Weltpolitik von höchster Warte gemacht.

1) Zur Zeit: Eisenhower, Nixon, J. F. Dulles, Wilson, Humphrey, Stassen, Fleming.

2) Zur Zeit: Radford, A. W. Dulles, C. D. Jackson.

3) Zur Zeit: Robert Bowie (Staatsdep.), F. Nash (Verteidigungsm.), A. Overby (Schatzdep.), F. Roberts (Rüstungsh.), W. Elliot (Mobilisationsamt), Generalmajor J. K. Gerhart (Komb. Generalstab), R. Amory (Intelligence), G. Morgan (Psychologische Kriegsführung).

Anmerkung

Bertram D. Wolfe, Chef des Büros der „Stimme Amerikas“, Verfasser u. a. des Buches: „Three who made a Revolution“.

Fritz von Globig wird in Kürze als Korrespondent der Deutschen Presse-Agentur nach Washington gehen.

Dr. Robert Jungk vertritt die Zürcher „Weltwoche“ und eine Reihe deutscher Zeitungen in USA. Er ist der Verfasser des im vorigen Jahr erschienenen Amerikabuches: „Die Zukunft hat schon begonnen“.